

Dieter Hoffmann:

Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus

*Wie Populismus und Autoritarismus
sich gegenseitig mästen*



Wer den Populismus wählt, holt sich auch seinen Zwilling, den Autoritarismus, ins Haus. Es erscheint deshalb wichtig, für den Rattenfängercharakter populistischer Bewegungen und für den propagandistischen Werkzeugkasten autoritärer Regime zu sensibilisieren. – Eine Einführung in die Thematik, verbunden mit einem Glossar zu Handlungsmustern und rhetorischen Mitteln des populistischen Autoritarismus.

Inhalt

Einführung	5
Wenn die Welt sich in die falsche Richtung dreht	5
Machtzuwachs populistischer Bewegungen	5
Zum Aufbau dieser Studie	7
Das Ziel: Sensibilisierung für populistische Rattenfängermethoden	9
Zur Geistesverwandtschaft von Populismus und Autoritarismus	10
Was ist "Populismus"?	11
Das Autoritäre hinter der populistischen Maske	12
Wenn einer von "da oben" gegen "die da oben" wettet	13
Populistische und revolutionäre Führer	13
Links- und Rechtspopulismus	16
Idealtypische Unterscheidung	17
Verschwimmende Grenzen	17
Gefährdung der Demokratie	19
Populismus als globales Phänomen	22
Schicksalsjahr 2016	23
Populismus in Lateinamerika	24
Brasilien: Verehrung und Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse ..	25
Venezuela: Vom populistischen Chavismo zur Diktatur Maduros	26
Argentinien: Zwischen Links- und Rechtspopulismus.....	28
Linkspopulismus in Bolivien und Ecuador	29
Machtzuwachs populistischer Parteien in Europa	33
Wenn populistische Parteien die Spielregeln bestimmen	34

Die Maske der gezähmten Rechtsnationalen	35
Vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus	37
Populistischer Autoritarismus in Asien	41
Philippinen: Jagd auf Drogenabhängige als Wahlkampfschlager	42
Indonesien: Ein Präsident mit monarchischer Attitüde	42
Quasi-dynastische Herrschaftsformen	44
Populistischer Hindu-Nationalismus in Indien	45
Der Nährboden des Populismus	50
Populistische Antworten auf die Globalisierung	51
Polit-Adel als Steilvorlage für populistische Bewegungen	52
Stammtisch-Habitus gegen das politische Establishment	53
Inadäquate Reaktionsweisen auf populistische Bewegungen	55
Doppelte Entmündigung des Volkes	56
Autoritarismus und "Neue Autorität"	59
Die Schule als Proberaum für demokratische Umgangsformen	60
Zum Konzept der "Neuen Autorität"	60
Problematische Übertragung des Konzepts auf den schulischen Bereich	62
Analogien zu rhetorischen Mitteln autoritärer Regime	63
"Neue Autorität" als Nährboden für autoritäre Regime	64
Autoritarismus und Hegemoniale Männlichkeit	67
Autorität und autoritärer Charakter	68
Nährboden für den autoritären Charakter in der Weimarer Republik	69
Der autoritäre Charakter und das Ideal des "starken Mannes"	70
Zwiespältige Rolle der Emanzipation	72
Patriarchale "Dividende" – auch für Frauen	73

Handlungsmuster und rhetorische Mittel des populistischen Autoritarismus

77

Zu Aufbau und Intention des Glossars	78
Ablenkung der Unzufriedenheit auf Minderheiten und äußere Feinde	80
Anbiederung an das "einfache Volk"	82
Aushöhlung des Arbeitsrechts	83
Diffamierung des politischen Gegners	85
Etablierung eines Systems gegenseitiger Bespitzelung.....	87
Führerkult	88
Gleichschaltung der Justiz	91
Kontrolle und Lenkung der Gedanken.....	94
Kriminalisierung internationaler Kooperation auf der Ebene der Zivilgesellschaft.....	97
Militarismus	100
Mythische Überhöhung der Nation.....	101
Oligarchische Wirtschaftsstrukturen	103
Potemkinsche Demokratie	105
Systematische Indoktrinierung.....	108
Überwachung und Verleumdung kritischer Medien	111
Vorwurfsumkehr	113

Grundlagenliteratur zu Autoritarismus und Populismus

116

Informationen über den Autor finden sich auf seinem Blog (rotherbaron.com) und auf Wikipedia.

Cover-Bild: Arthur Segal (1875 – 1944): Der Redner (1912); Kunsthalle Em-den (Wikimedia commons)

Einführung

Wenn die Welt sich in die falsche Richtung dreht

Bei einem Blick in die jüngere Vergangenheit stellt sich irgendwie der Eindruck ein, dass die Welt sich in die falsche Richtung dreht. Dies gilt gerade dann, wenn man die weltweite Entwicklung aus der Perspektive populistischer und autoritaristischer Tendenzen betrachtet.

Nur in wenigen Ländern besteht Hoffnung auf einen Rückbau autokratischer Strukturen. In zahlreichen anderen Ländern haben sich dagegen autoritäre Tendenzen verstärkt. Mancherorts hat es sogar ein kaum für möglich gehaltenes Rollback hin zu überwunden geglaubten antidemokratischen Entwicklungen gegeben, so etwa in der Slowakei und natürlich vor allem in den USA.

Was in den USA droht, ist in Russland bereits Realität. Aus scheindemokratischen Strukturen hat sich schleichend ein autokratisches und schließlich ein totalitäres Regime herausgebildet, das sowohl nach innen als auch nach außen hin offen aggressiv auftritt. Parallel dazu haben sich auch in China die big-brotherhafte Überwachung des Volkes und das imperial-aggressive Auftreten nach außen hin verstärkt, in Verbindung mit einem zunehmenden Führerkult.

Machtzuwachs populistischer Bewegungen

Auch in Europa beschränkt sich die Tendenz zu einer fortschreitenden Entdemokratisierung keineswegs auf die bekannten Sün-

denböcke in Mitteleuropa. Die Kernstaaten der Europäischen Union sind längst ebenfalls vom Virus des Autoritarismus befallen. Dessen toxische Verbindung mit dem Populismus ist dabei heute noch augenfälliger als vor fünf Jahren.

Deutlich wird dies vor allem dort, wo populistische Parteien in die Machtzentren der entsprechenden Länder vordringen. Dabei müssen sie nicht notwendigerweise – wie etwa in Finnland – unmittelbar an der Regierung beteiligt sein oder diese gar – wie in Italien – führen. Noch folgenreicher ist womöglich die Neigung der etablierten Parteien, sich im Interesse des Machterhalts selbst an populistische Positionen anzunähern.

Dies wirkt sich sowohl auf den Politikstil als auch auf die politischen Inhalte aus. Führerkult, Fremdenfeindlichkeit und Law-and-Order-Parolen sind weltweit auf dem Vormarsch. Durch den allmählichen Aufstieg populistischer Parteien und Positionen in den politischen Mainstream vollzieht sich diese Entwicklung jedoch schleichend, so dass die zunehmend autoritären Tendenzen oft nur bei einem Auftauchen aus dem Polit-Sumpf der Gegenwart und der Einnahme einer Längsschnitt-Perspektive ins Auge fallen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Rattenfänger-Parteien ihre populistischen Parolen auch nach dem Vordringen in Schlüsselpositionen des Staates beibehalten, um ihren autokratischen Regierungsstil zu verschleiern. Letzteres gilt auch für autoritäre Regime, die ohne den Umweg demokratischer Wahlen an die Macht gelangt sind.

Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus beeinflussen sich auf diese Weise gegenseitig. In beiden Fällen fungie-

ren populistische Parolen als eine Art von Massensuggestion, die über die autoritären Ziele der Politik hinwegtäuscht.

Zum Aufbau dieser Studie

Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus lassen sich nicht klar voneinander trennen. Beide gehen nahtlos ineinander über. Dennoch können sie aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Zum einen kann der Blick auf die autoritären Tendenzen gerichtet werden, die den populistischen Bewegungen inhärent sind oder ihren Erfolg als gesellschaftliche Trends begünstigen. Zum anderen kann nach den populistischen Handlungsmustern und rhetorischen Mitteln gefragt werden, die autoritäre Regime nutzen, um ihre Herrschaft zu festigen.

Dem entsprechen die zwei Teile, in die sich die vorliegende Studie untergliedert. Den Fragestellungen des ersten Teils liegt die Perspektive der Entstehungs- und Entwicklungslogik populistischer Bewegungen zugrunde. Dieser Teil fragt grundsätzlich nach Wesen und Geistesverwandtschaft von Populismus und Autoritarismus, bietet einen Überblick über die weltweite Ausbreitung populistischer und autoritaristischer Tendenzen und spürt den Gründen für diese Entwicklung nach. Dabei werden sozioökonomische, soziopolitische und sozialpsychologische Erklärungsansätze miteinander verknüpft.

Angestrebt wird jeweils eine kurze Einführung in den Problemkreis. Zur Vertiefung dienen Links und Literaturhinweise, die direkt im Anschluss an die einzelnen Punkte aufgelistet werden.

Der zweite Teil dieser Arbeit folgt dagegen eher der Perspektive autoritärer Regime, die populistische Methoden zur Absicherung ihrer Herrschaft einsetzen. Er ist in der Art eines Glossars aufgebaut und listet zentrale Handlungsmuster und rhetorische Mittel des populistischen Autoritarismus auf. Im Anschluss an kurze Erläuterungen zu den einzelnen Stichworten folgen auch hier jeweils Links und Literaturhinweise, die der Exemplifizierung der aufgeführten Punkte und der Vertiefung in die Thematik dienen sollen.

Für die Neufassung dieses zuerst 2017 erschienenen Glossars sind bewusst nicht alle älteren Links entfernt worden. In manchen Fällen ist gerade der Vergleich zwischen früheren und aktuellen Entwicklungen aufschlussreich, da so die sukzessive Ausprägung autoritärer Strukturen deutlicher vor Augen tritt.

Bei allen aufgeführten Links ist allerdings grundsätzlich zweierlei zu beachten. Zum einen handelt es sich dabei jeweils nur um Beispiele für die aufgeführten Aspekte. Wenn einzelne Länder unerwähnt bleiben, bedeutet dies also nicht, dass es dort keine populistischen oder autoritaristischen Tendenzen gäbe.

Zum anderen gilt für alle Links, dass Eigenleben und Eigensinn der Netzstrukturen berücksichtigt werden müssen. Manche Inhalte verschwinden einfach, in anderen Fällen führen dieselben Links auf andere Inhalte, in wieder anderen Fällen funktioniert nur der Pfad nicht mehr, die Inhalte können jedoch durch die Eingabe der entsprechenden Stichworte noch aufgefunden werden. Bei der hohen Anzahl der hier aufgeführten Links wird man sich also darauf einstellen müssen, hier und da leider nicht mit "one click" ans Ziel seiner Wünsche zu gelangen.

Das Ziel: Sensibilisierung für populistische Rattenfängermethoden

Die Absicht dieser Studie ist heute keine andere als bei ihrem ersten Erscheinen: Es geht darum, für den Rattenfängercharakter populistischer Bewegungen und für den propagandistischen Werkzeugkasten autoritärer Regime zu sensibilisieren.

Beides hängt eng miteinander zusammen: Das Wünschdirwas-Konzert populistischer Bewegungen bereitet den Boden für autokratische Verhältnisse, die auch und gerade den Interessen jener, die den Bewegungen zur Macht verhelfen, in fundamentaler Weise widersprechen. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig den autoritären Kerncode der populistischen Programmatiken zu entschlüsseln und ihre Nähe zur Propaganda autokratischer Regime zu erkennen.

Nur so kann einer Entwicklung vorgebeugt werden, bei der das Spiel mit Wünschen und Nöten breiter Bevölkerungsschichten am Ende in ein "Game over" für das gesamte Volk mündet.

Zur Geistesverwandtschaft von Populismus und Autoritarismus



*Carl von Mering (1874 – 1944): Der Rattenfänger von Hameln
(Keramikmedaillon, 1916); Foto von Montanussecundus
(Wikimedia commons)*

Was ist "Populismus"?

"Populismus" ... Wenn wir alles, was wir mit dem Konzept verbinden, von der Festplatte unseres Gehirns löschen könnten, würde der Begriff vielleicht folgende Assoziationskette bei uns auslösen: Populismus – lateinisch "populus": das Volk, griechisch "demos" – Demokratie – griechisch "Herrschaft des Volkes". Demnach wäre dann also der Populismus lediglich ein anderes Wort für "Volks-herrschaft".

Wir wissen natürlich, dass diese Assoziationskette in die Irre führt. Richtig ist allerdings, dass sowohl "Demokratie" als auch "Populismus" auf das Volk als maßgebliche Instanz für die Machtausübung in einem Gemeinwesen hindeuten.

Ist der Populismus also schlicht die ungezähmte Schwester der Demokratie? Bezeichnet er – analog zur Unterscheidung zwischen "wildem" und "organsiertem" Streik – die Selbstermächtigung des Volkes, im Unterschied zur durch ausgeklügelte Wahlverfahren, Volksvertretungen und Gewaltenteilung geregelten Volksherrschaft in jenem Konstrukt, das wir als "Demokratie" bezeichnen?

Zwar kommen wir mit dieser Unterscheidung den mit den Begriffen bezeichneten Phänomenen schon etwas näher. Dennoch fehlt bei dem spontanen Bestimmungsversuch noch etwas ganz Entscheidendes – nämlich der Aspekt von Führung und Verführung, der mit dem Konzept des Populismus untrennbar verbunden ist.

Das Autoritäre hinter der populistischen Maske

Das zentrale Element des Populismus ist eben gerade nicht die Selbstermächtigung des Volkes. Die populistische Machtergreifung beruht vielmehr umgekehrt darauf, dass das Volk – oder genauer: ein Komplex aus spezifischen Wünschen und Nöten eines Teils der Bevölkerung – von Einzelnen missbraucht wird, um die Macht in einem Gemeinwesen zu erlangen.

Dabei offenbart bereits die emphatisch-undifferenzierte Bezugnahme auf "das" Volk den totalitären Charakter dieses Herrschaftsanspruchs. Indem die Vielgestaltigkeit der Bevölkerung negiert wird, kreieren populistische Bewegungen de facto selbst das Konstrukt, auf das sie ihre Herrschaft gründen. Die Behauptung eines einheitlichen "Volkskörpers" verleiht den Machthabenden dabei eine quasi-religiöse Legitimation: Wer sie kritisiert, stellt sich damit quasi außerhalb des Volkskörpers und wird folglich als "entartet" gebrandmarkt.

So betrachtet, stehen "Populismus" und "Demokratie" nicht für verwandte Formen von Volksherrschaft, sondern für entgegengesetzte Formen des politischen Umgangs mit dem Volk. Die Demokratie ist implizit stets mit Idealen wie Aufklärung und Mündigkeit verbunden, da anders eine reflektierte Mitbestimmung über die Belange des Gemeinwesens undenkbar wäre. Die populistische Verführung der Massen setzt dagegen gerade darauf, Emotionen und Ressentiments unter Umgehung der Bewusstseinschranke anzusprechen.

Auf diese Weise ergibt sich eine organische Verbindung von Populismus und Autoritarismus. Die in der populistischen Verfüh-

rung der Massen angelegte Missachtung der eigentlichen Interessen des Volkes schlägt logischerweise in offene Verachtung und Unterdrückung des Volkes um, sobald die populistischen Bewegungen ihr Ziel des Machterwerbs erreicht haben.

Die populistische Maske fällt dann und gibt den Blick frei auf die dahinter verborgenen autoritär-diktatorischen Züge. Das Volk wird damit hier zum Steigbügelhalter einer Herrschaft, die seine Interessen mit Füßen tritt.

Wenn einer von "da oben" gegen "die da oben" wettet

Dem entspricht auch, dass die selbst ernannten Volkstribunen zwar gerne gegen "die da oben" wettern, oft aber selbst ein Teil des von ihnen kritisierten politischen Establishments sind. Dies war schon bei jenen so, auf die der Begriff des "Volkstribuns" zurückgeht.

Im antiken Rom handelte es sich bei den Volkstribunen anfangs zwar um Vertreter der Plebejer, die für einen Interessenausgleich mit der patrizischen Führungsschicht sorgen sollten. In der Spätzeit der Republik wurde das Amt jedoch auch von Angehörigen der Oberschicht genutzt, um mit Hilfe des Volkes Entscheidungen des Senats im eigenen Interesse zu beeinflussen.

Populistische und revolutionäre Führer

Auch in späteren Jahrhunderten lagen Führung und Verführung der Massen eng beieinander. Insbesondere in revolutionären Bewegungen war und ist dies ein wichtiger Aspekt. Allzu oft tre-

ten jene, die dem Volk als Anführer der revolutionären Massen die Freiheit zu bringen versprechen, diese Freiheit mit Füßen, sobald sie die Macht errungen haben. Der Unterschied zwischen populistischen und revolutionären Bewegungen ist dann lediglich, dass in letzterem Fall der Glaube an die freiheitlichen Ziele vor dem Erringen der Macht echt ist, während diese Ziele in populistischen Bewegungen von Anfang an nur in zynischer Weise vorgetäuscht werden.

Ein Revolutionär kann sich also, einmal an der Macht, in einen populistischen Autokraten verwandeln. Dem populistischen Verführer der Massen ist der Hang zum autoritären Führertum dagegen schon vor dem Erwerb der Macht inhärent.

Im Unterschied zum revolutionären Anführer folgt der populistische Verführer auch nicht einer bestimmten Ideologie, sondern richtet sein politisches Programm in opportunistischer Weise an Umfragen und tagesaktuellen Bedürfnislagen aus. Die Kritik an den Machthabenden gründet zudem typischerweise nicht auf konstruktiven Alternativen, sondern ist mit Heilsversprechen verbunden, die mit der Realität zumeist herzlich wenig zu tun haben.

Literatur

Akel, Alexander: Strukturmerkmale extremistischer und populistischer Ideologien. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Baden-Baden 2021: Nomos.

Beigel, Thorsten / Eckert, Georg (Hgg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart. Münster 2017: Aschendorff.

- Dingeldey, Philip: A People's Tribune in a Populist Democracy? A Thought Experiment between Republicanism and Populism Re-visited. In: Mayr, Stefan / Orator, Andreas (Hgg.): Populism, Popular Sovereignty, and Public Reason, S. 71 – 84. Berlin et al. 2021. Lang (Central and Eastern European Forum for Legal, Political, and Social Theory Yearbook; 10).
- Faber, Richard / Unger, Frank: Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2008: Königshausen & Neumann.
- March, Luke: From Vanguard of the Proletariat to Vox Populi: Left-Populism as a "Shadow" of Contemporary Socialism. In: SAIS Review of International Affairs 27 (2007), no. 1, S. 63 – 77.
- Möller, Kolja: Volksaufstand & Katzenjammer. Zur Geschichte des Populismus. Berlin 2020: Wagenbach.
- Thommen, Lukas: Populus, plebs und populares in der römischen Republik. In: Faber/Unger (2008), S. 31 – 41.

Links- und Rechtspopulismus



Septimiu: Marionette (Pixabay)

Idealtypische Unterscheidung

Die Trennlinien zwischen Links- und Rechtspopulismus sind nicht immer leicht zu ziehen. Idealtypisch gesprochen, ist bei Rechtspopulisten der Aspekt der Fremdenfeindlichkeit stärker ausgeprägt, wohingegen Linkspopulisten den Akzent tendenziell eher auf inklusive Ansätze und das Empowerment sozial Benachteiligter legen.

Während Rechtspopulisten eher für eine libertäre Wirtschaftspolitik und das freie Spiel der Marktkräfte eintreten, neigen Linkspopulisten dirigistischen Wirtschaftsformen zu. Bei osteuropäischen Parteien kann dies auch mit einer Form von Ostblock-Nostalgie einhergehen, die dann zuweilen auf eine entsprechend positive Einstellung gegenüber dem aktuellen totalitären Regime in Russland abstrahlt. Darin treffen sich linkspopulistische wiederum mit rechtspopulistischen Bewegungen, die ohnehin einen starken Hang zum Führerkult haben.

Verschwimmende Grenzen

Dass sich Links- und Rechtspopulismus näher sind, als es zunächst den Anschein hat, zeigt sich auch bei einem Blick auf die populistischen Parteien in Europa. So gilt das im Januar 2024 gegründete *Bündnis Sahra Wagenknecht* – das sich im Dezember 2025 in *Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft* umbenannt hat – zwar als linkspopulistisch, zündelt mit dem Eintreten für eine Begrenzung der Zuwanderung aber auch in der fremdenfeindlichen Ecke.

Gleiches gilt für Robert Fico, der in der Slowakei mit seiner Smer-Partei im Oktober 2023 an die Macht zurückgekehrt ist. Vielen muss dies wie ein böser Traum erscheinen. Denn Fico hatte 2018 zurücktreten müssen, nachdem der Investigativjournalist Ján Kučiak Verbindungen der kalabrischen Mafia-Organisation 'Ndrangheta zu slowakischen Geschäftsleuten und Regierungskreisen aufgedeckt hatte und daraufhin zusammen mit seiner Verlobten Martina Kušnírová ermordet worden war.

Als im März 2019 mit Zuzana Čaputová eine Außenseiterin zur Präsidentin gewählt wurde, die sich als Rechtsanwältin seit Jahren gegen Korruption und für Minderheitenrechte eingesetzt hatte, sah alles nach einem hoffnungsvollen Neuanfang aus. Dann aber hat Fico sich mit seinen populistischen Parolen die wirtschaftlichen Probleme des Landes infolge von Coronakrise und Ukrainekrieg zunutze gemacht und das Rad der Zeit zurückgedreht. Kaum an die Macht zurückgekehrt, haben er und seine Leute erneut damit begonnen, kritische Medien unter Druck zu setzen.

Fico hat von Anfang keinen Zweifel daran gelassen, dass er einen autoritären Staatsumbau nach dem vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und der polnischen PiS-Partei vorgezeichneten Muster anstrebt. Dies zeigen insbesondere der gleich nach Regierungsantritt eingeleitete Umbau des Justizwesens und die Umwandlung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ein Propagandainstrument der Regierung.

Dennoch hat sich bei den Präsidentschaftswahlen der seinem Lager nahestehende Peter Pellegrini durchgesetzt. So fehlt nun

auch ein politisches Gegengewicht, das die autoritäre Politik Ficos und seiner Smer-Partei zumindest abbremsen könnte.

Wie Wagenknecht relativiert Fico den russischen Angriffskrieg und tritt für einen Abbau der Militärhilfe für die Ukraine ein. Gleichzeitig bedient er mit fremdenfeindlichen Äußerungen und der Verweigerung gegenüber Länderquoten für die Aufnahme von Flüchtlingen in EU-Ländern xenophobe Ressentiments.

Putinfreundlich ist auch die Haltung von Viktor Orbán, dessen Politik allerdings als "rechtspopulistisch" eingestuft wird. Dieses Etikett teilt er sich mit der im Oktober 2023 abgewählten polnischen PiS-Partei, die indessen aufgrund ihrer Wurzeln in der Solidarność-Bewegung strikt anti-putinistisch eingestellt ist. Beide treffen sich wiederum in einer Politik der sozialen Wohltaten, durch welche die Unterstützung der breiten Bevölkerung für den autoritären Regierungskurs sichergestellt werden soll.

Gefährdung der Demokratie

Viele populistische Parteien – wie die deutsche AfD oder der französische *Rassemblement National* – sind in der Vergangenheit immer wieder durch ihre engen Kontakte zum Putin-Regime aufgefallen. Der Hang zum Autoritarismus und die daraus abgeleitete Bewunderung für autoritäre Führer, die bereits die Macht in ihrem Staat errungen haben, ist dabei für den Links- ebenso wie für den Rechtspopulismus konstitutiv.

Die Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Bewegungen sind so am Ende geringer als die Gemeinsamkeiten. Ob man soziale Wohltaten aus einem vulgärmarxistischen Verständ-

nis oder aus purem Machtkalkül heraus verspricht oder verteilt, macht am Ende keinen Unterschied. In beiden Fällen wird daraus ein Pfeiler des Machterwerbs oder Machterhalts, indem so von den autoritären Tendenzen der eigenen Politik abgelenkt werden kann.

Auch andere politische Schwerpunkte betreffen links- wie rechtspopulistische Bewegungen gleichermaßen. Die Gleichschaltung von Justiz und Medien betreiben etwa polnische und ungarische Rechtspopulisten ebenso wie der slowakische Linkspopulist Fico.

Links- und Rechtspopulismus gefährden die Demokratie damit in formaler ebenso wie in geistiger Hinsicht, indem sie zum einen die Strukturen einer funktionierenden Demokratie abbauen und zum anderen die geistigen Voraussetzungen für den freien demokratischen Diskurs und die unabhängige Meinungsbildung untergraben. Für den Linkspopulismus lässt sich dies insbesondere am Beispiel der politischen Entwicklungen in Lateinamerika ablesen. Hierauf wird im folgenden Kapitel noch näher eingegangen.

Literatur

Allweis, Marianne: [Slowakei: Druck der Fico-Regierung auf kritische Medien zeigt Wirkung](#). Deutschlandfunk, 12. März 2024.

Bidder, Benjamin: [Vereint gegen liberale Werte](#): Wie Russland den rechten Rand in Europa inspiriert und fördert. Bundeszentrale für politische Bildung, 24. Juli 2017.

Decker, Frank: Vom Protestphänomen zur politischen Dauererscheinung: Rechts- und Linkspopulismus in Westeuropa. In: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hgg.): Jahr-

buch Extremismus & Demokratie. 27 (2015), S. 57–72. Baden-Baden: Nomos. 2015.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: [Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa](#). Infoportal östliches Europa [über die historische Entwicklung von Justizwesen und Freiheitsrechten der Zivilgesellschaft in Ländern Ostmitteleuropas bis Ende 2023].

ORF: [Das russische Netzwerk in Europa](#) [listet populistische und konservative Gruppierungen und Politiker auf, die in der Vergangenheit Kontakte zu Wladimir Putin und/oder zur Kreml-Partei *Einiges Russland* unterhielten]

Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/Main 2012: Campus.

Reimon, Michel / Zelechowski, Eva: Putins rechte Freunde. Wie Europas Populisten ihre Nationen verkaufen. Wien 2017: Falter.

Sapper, Wolfgang / Weichsel, Volker (Hg.): [Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen](#). Berlin 2018: BWV (Zeitschrift *Osteuropa* 3-5/2018) [online nur Abstracts und zwei Einzelbeiträge kostenfrei verfügbar].

Solty, Ingar / Werner, Iban: [Der indiskrete Charme des Linkspopulismus](#) (PDF). In: Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 316/2 (2016), S. 273 – 285. Academia.edu [mit Links zu weiteren Beiträgen zum Thema].

Populismus als globales Phänomen



Gerd Altmann: Globus (Pixabay)

Schicksalsjahr 2016

Spätestens seit dem Brexit-Referendum und dem Sieg von Donald Trump bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 ist der Populismus auf globaler Ebene zu einer wirkmächtigen Kraft in der Politik der Gegenwart aufgestiegen. Beide Ereignisse haben für alle offen zutage treten lassen, dass man mit haltlosen, einander teilweise widersprechenden Versprechungen und einer ostentativ-"postfaktischen" Leugnung der Realität Wahlen gewinnen kann.

Ebenfalls in das Jahr 2016 fällt der gescheiterte Putsch in der Türkei, der dem Erdoğan-Regime einen willkommenen Anlass für eine Verstärkung von Repression und autoritären Herrschaftsstrukturen bot. Erdoğan's populistische Rhetorik, die das Volk zum gemeinsamen Kampf gegen seine angeblichen Feinde auffordert, zeugt dabei ebenfalls von dem engen Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Populismus.

Bereits im Oktober 2015 war zudem in Polen die rechtsnationale PiS an die Macht gekommen. Insbesondere durch einen radikalen Umbau des Justiz- und Bildungswesens sowie der staatlichen Medien hatte sie umgehend damit begonnen, autoritäre Strukturen zu etablieren.

Auf die populistisch-autoritären Tendenzen der polnischen PiS-Regentschaft, des Trumpismus sowie des Systems Erdoğan wird im zweiten Teil dieser Studie – im Rahmen des Glossars zu Handlungsmustern und rhetorischen Mitteln des populistischen Autoritarismus – noch näher eingegangen. Im Folgenden geht es zunächst um die weltweite Ausbreitung des Populismus.

Populismus in Lateinamerika



*Pop-Art-Variante eines Porträts des ehemaligen venezolanischen
Präsidenten Hugo Chávez
(Original von Valter Campanato / Wikimedia commons)*

Brasilien: Verehrung und Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse

Auch in Lateinamerika ist der populistische Autoritarismus auf dem Vormarsch. So errang 2018 in Brasilien mit Jair Bolsonaro ein Politiker die Macht, der sich immer wieder positiv über die ehemalige brasilianische Militärdiktatur geäußert hat und offen rassistische, frauenfeindliche und homophobe Positionen vertritt.

Bolsonaro ist zwar 2022 abgewählt worden. Sein Konkurrent, der frühere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, hat die Wahl allerdings nur mit einer knappen Mehrheit gewonnen und muss mit einem Parlament regieren, in dem Bolsonaros Unterstützer dominieren.

Dass Lula da Silva zudem selbst nicht frei von autoritären Tendenzen ist, zeigt neben seiner putinfreundlichen Haltung im Ukrainekrieg auch seine Nähe zu dem ehemaligen venezolanischen Autokraten Nicolás Maduro. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Maduro von dem ähnlich autoritär agierenden Jair Bolsonaro gemieden worden ist, während sein als Überwinder des brasilianischen Autoritarismus gefeierter Nachfolger Lula da Silva in Maduro einen linken Bruder im Geiste gesehen hat.

Der aktuelle brasilianische Präsident plant überdies, bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2026 erneut zu kandidieren. Sein Konkurrent könnte dann der Sohn des mittlerweile zu einer Gefängnisstrafe und dem Entzug des passiven Wahlrechts verurteilten Jaír Bolsonaro, Flávio Bolsonaro sein.

In diesem Fall droht ein ähnliches Szenario wie in den USA, wo das zu lange Festhalten Joe Bidens an der Präsidentschaftskandidatur wesentlich zur Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus

beigetragen hat. Die Wahl zwischen dem dann – wie damals Biden – 81-jährigen Lula da Silva und dem 45-jährigen Flávio Bolsonaro könnte zur Steilvorlage für eine Rückkehr des Bolsonarismo an die Macht werden.

Venezuela: Vom populistischen Chavismo zur Diktatur Maduros

Venezuela ist ein Musterbeispiel für die autokratischen Tendenzen linkspopulistischer Bewegungen. Unter dem Ende 1998 zum Präsidenten gewählten Hugo Chávez überwogen noch die sozial-reformerischen Tendenzen. Chávez ging es darum, die Rechte der indigenen Bevölkerung gegenüber der neokolonialen Elite zu stärken, ihnen also zu mehr Selbstbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu verhelfen. Darüber hinaus wollte er die Gewinne aus dem – vor allem aus enormen Erdölvorkommen – bestehenden Rohstoffreichtum gerechter verteilen und eine größere Unabhängigkeit von den transnationalen Erdölkonzernen erreichen.

Zu diesem Zweck ließ Chávez eine neue Verfassung ausarbeiten, die auch kurz darauf vom Volk angenommen wurde. Darin ließ er sich allerdings auch autokratische Rechte zusichern – unter anderem die Möglichkeit, politische Entscheidungen ohne Zustimmung des Parlaments durchzusetzen.

Auf die dafür erforderlichen Referenden stimmte er das Volk in seiner allsonntäglichen Fernsehshow *Allo Presidente* entsprechend ein. So sicherte er sich auch die Zustimmung zu einer Aussetzung der Amtszeitbegrenzung für den Präsidenten.

Nach dem Tod von Chávez im Jahr 2013 gingen die autoritären Tendenzen seiner Herrschaft rasch in offen diktatorische Verhältnisse über. Der vom Vizeposten auf den Präsidentenstuhl vorgerückte Nicolás Maduro konnte seine Herrschaft nur durch Gewalt und offene Verfassungsbrüche sichern.

Bereits 2014 kam es bei Protesten gegen ihn zu Toten und zahlreichen Verletzten. Die ein Jahr darauf von der Opposition mit Zweidrittelmehrheit gewonnenen Parlamentswahlen ignorierte Maduro, indem er erst den Ausnahmezustand ausrief und dann eine Verfassungsgebende Versammlung einberief, die das Parlament entmachtete. Außerdem wurden immer wieder Oppositionelle inhaftiert.

Der prekären Versorgungslage, die außer den instabilen politischen Verhältnissen insbesondere dem gefallenen Ölpreis und der mangelnden Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft geschuldet ist, versuchte Maduro durch eine klassische Ablenkung des Volkszorns nach außen zu begegnen. So drohte er dem östlich an Venezuela grenzenden Guyana, die zwei Drittel von dessen Staatsgebiet umfassende ölreiche Region Essequibo zu annektieren, weil diese 1899 im Zuge der Dekolonisierung angeblich widerrechtlich dem britisch dominierten Nachbarland zugeschlagen worden sei.

Eben dieses Spiel mit dem Ölreichtum der Region ist Maduro am Ende allerdings zum Verhängnis geworden. Unter der offen expansionistischen US-Präsidentschaft Donald Trumps ist Venezuela – das ohnehin schon über die weltweit größten Ölreserven verfügt – ins Fadenkreuz der US-Interessen geraten. So ist Maduro, der Totengräber der venezolanischen Demokratie, nun selbst völ-

kerrechtswidrig vom Präsidenten zum politischen Gefangenen der USA gebombt worden.

Argentinien: Zwischen Links- und Rechtspopulismus

Wie im Falle der Annäherung zwischen Lula da Silva und Nicolás Maduro die Grenzen zwischen autoritärem Linkspopulismus und demokratischem Sozialismus verschwimmen, verbinden sich in Argentinien rechtspopulistische und ultraliberale wirtschaftspolitische Vorstellungen miteinander. Mit Javier Milei ist dort Ende 2023 ein Politiker zum Präsidenten gewählt worden, der wie der ehemalige brasilianische Präsident Jair Bolsonaro die Verbrechen aus der Zeit der Militärdiktatur – die in Brasilien von 1964 bis 1985 und in Argentinien von 1976 bis 1983 bestand – relativiert.

Dem entspricht Mileis Vorhaben, am Parlament vorbei mit Notverordnungen zu regieren. In der Wirtschaftspolitik setzt er auf umfassende Deregulierung und eine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.

Mileis Populismus ist angesichts des von ihm proklamierten "Anarchokapitalismus" eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu verorten. Der in Argentinien bis dahin vorherrschende Peronismus ist dagegen – zumindest in der von Néstor Kirchner und seiner Nachfolgerin im Präsidentenamt, Cristina Fernández de Kirchner, repräsentierten Variante des Kirchnerismo – mit seiner sozialreformerischen Orientierung eher links-populistischer Natur.

Allerdings hatte der Peronismus ebenfalls stets autoritäre Züge. Dies zeigte sich schon während der Regierungszeit seines Be-

gründers, Juan Domingo Perón, der die Geschicke des Landes von 1946 bis zu seinem Sturz durch einen Militärputsch im Jahr 1955 bestimmte.

Perón stärkte zwar die Rechte der Erwerbstätigen und verbesserte die materielle Lage der sozial Schwachen. Er verfolgte dabei jedoch eine dirigistische Wirtschaftspolitik, die in eine hohe Inflation mündete und so die positiven Wirkungen der Sozialreformen teilweise zunichtemachte.

Der als General in die Politik gewechselte Perón hatte zudem keine Bedenken, sich in seiner öffentlichen Inszenierung am Führerkult faschistischer Regime zu orientieren. Der an der Universität Bologna lehrende Historiker und Populismusforscher Loris Zanatta vergleicht Peróns Herrschaft denn auch mit der Mussolinis.

Dem Peronismus bescheinigt Zanatta einen Hang zum Totalitären. Dieser habe "wie jede populistische Bewegung (...) den Anspruch, alles zu sein. Nicht ein Teil des Ganzen, sondern das Ganze". Zanatta charakterisiert den Peronismus vor diesem Hintergrund auch als "einen Franquismus von links" (zitiert nach Eglau 2019).

Linkspopulismus in Bolivien und Ecuador

Als linkspopulistisch eingestuft werden oft auch die ehemaligen Präsidenten Boliviens und Ecuadors, Evo Morales (Präsident von 2006 – 2019) und Rafael Correa (2007 – 2017). In der Tat wiesen die Amtszeiten beider Politiker insofern populistische Tendenzen auf, als diese mehrfach zum Mittel des Referendums griffen, um

verfassungsändernde Maßnahmen oder gar eine völlig neue Verfassung durchzusetzen, durch sie eine größere Machtfülle erlangen und das Parlament schwächen konnten.

In beiden Fällen ging dies auch mit autoritären Tendenzen einher. So schränkte Correa etwa die Medienfreiheit ein und schuf eigene öffentliche Rundfunk- und Fernsehstationen, um sich die Meinungshoheit zu sichern. Morales setzte sich über die von der Verfassung vorgesehene Beschränkung von zwei Amtszeiten hinweg und wurde zum Rücktritt gezwungen, nachdem er sich eine vierte Amtszeit hatte sichern wollen.

Beiden Präsidenten muss allerdings zugutegehalten werden, dass sie sich gegen eine lange herrschende konservativ-neoliberale Machtelite behaupten mussten. Deren Politik bedingte, dass nur die wohlhabende Oberschicht des Landes von den Rohstoffabkommen mit internationalen Konzernen profitierte, während die indigene Bevölkerungsmehrheit leer ausging.

Morales und Correa wollten dagegen sicherstellen, dass der Reichtum ihrer Länder der Mehrheit der eigenen Bevölkerung zugutekam. Die von Correa initiierte neue Verfassung sieht etwa kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für alle vor, Morales sorgte für eine Entkriminalisierung der Coca-Bauern und stärkte die ländliche Bevölkerung durch eine Landreform und mehr demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Beide scheiterten am Ende allerdings nicht nur an den Widerständen der alten Eliten, sondern auch an der zunehmenden Unzufriedenheit unter ihrer Stammwählerschaft. Morales wurde vorgeworfen, sich zunehmend auf ein klientelistisches Machtsystem zu stützen, Correa verlor u.a. an Zustimmung, weil er entge-

gen seinen Versprechungen Konzessionen für die Erdölförderung im Yasuni-Nationalpark vergeben ließ. Seine Versuche, das Erdöl gegen Kompensationszahlungen der Industrienationen im Boden zu lassen, waren zuvor an der mangelnden Kooperationsbereitschaft von Letzteren gescheitert.

Literatur

AG Friedensforschung, Kassel: [Artikelsammlung zu Bolivien](#) (bis April 2015).

Birke, Burkhard: [Venezuela bald Diktatur? Reiches Land ohne Mehl, Medizin und Toilettenpapier](#); Deutschlandfunk Kultur, 28. August 2017.

Busch, Alexander: [Lula rollt Maduro den roten Teppich aus](#). *Neue Zürcher Zeitung*, 31. Mai 2023.

De la Torre, Carlos: [Populismus in Lateinamerika](#). Zwischen Demokratisierung und Autoritarismus. Bonn 2013: Friedrich Ebert Stiftung (PDF).

Eglau, Victoria: [Das Phänomen Peronismus: Argentiniens Populismus für alle](#). Deutschlandfunk Kultur, *Zeitfragen*, 13. November 2019.

Hasselbach, Christoph: [US-Intervention in Venezuela war völkerrechtswidrig](#). Deutsche Welle, 6. Januar 2026.

Juridikum 21 (2009), H. 4: Themenheft "nuevo constitucionalismo" [enthält mehrere aus dem Spanischen übersetzte Artikel zu den Verfassungsreformen in Ecuador und Bolivien].

- Koenigs, Tom, interviewt von Peter Kapern: [Regime Maduro: "Venezuela ist eine Diktatur"](#); Deutschlandfunk, 10. August 2017.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira: Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America. In: Government & Opposition. 48/2 (2013), S. 147 – 174.
- Priester, Karin: Hugo Chávez. Führer, Armee, Volk – Linker Populismus an der Macht. In: Dies.: Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main 2012: Campus.
- Quietzal – das Lateinamerika-Magazin: [Themenheft zu Bolivien](#), mit Artikeln zu den Themenbereichen "Politik und Geschichte", "Wirtschaft und Entwicklung", "Indigene und soziale Bewegungen", "Constituyente und Autonomie" sowie "Kultur und Medien"; 26. Januar 2009 [mit Links zu weiteren Beiträgen].
- Weyland, Kurt: [Latin America's Authoritarian Drift: The Threat from the Populist Left](#). In: Journal of Democracy 24 (2013), H. 3, S. 18 – 32 (PDF).

Machtzuwachs populistischer Parteien in Europa



im Uhrzeigersinn: Elekes Andor: Geert Wilders bei der Conservative Political Action Conference (CPAC) in Budapest, April 2024; Russisches Präsidialbüro: Marine Le Pen trifft Wladimir Putin, März 2017; White House Office: Giorgia Meloni bei Joe Biden, Juli 2023; C. Stadler: Herbert Kickl beim Neujahrstreffen der FPÖ, 2019 (alle Bilder von Wikimedia commons)

Wenn populistische Parteien die Spielregeln bestimmen

Auch in Europa werden populistische Bewegungen immer stärker zu bedeutenden Playern auf der politischen Bühne. Dies gilt nicht nur für Osteuropa, wo populistische Parteien vielfach in das Vakuum vorgestoßen sind, das durch den Wegfall der einstigen realsozialistischen Staatsparteien entstanden ist. Auch in Westeuropa gewinnen populistische Parteien beständig an Einfluss.

In Deutschland treibt die AfD die einstigen Volksparteien CDU und SPD seit Jahren vor sich her. Noch ist sie zwar weder auf Landes- noch auf Bundesebene direkt an der Macht beteiligt. Ihr Machtzuwachs zwingt die etablierten Parteien jedoch, sich inhaltlich auf sie zuzubewegen, so dass die AfD indirekt eben doch die Politik mitbestimmt. Was das bedeutet, wird im zweiten Teil dieser Studie – im Rahmen des Glossars zu Handlungsmustern und rhetorischen Mitteln des populistischen Autoritarismus – angesprochen werden.

Andernorts ist mittlerweile bereits Realität geworden, was vor Kurzem noch undenkbar erschien: die Machtübernahme durch populistische Parteien. So hat in Finnland die Partei *Die Finnen* bei den Wahlen vom April 2023 mit 20,1 Prozent den zweiten Rang in der Wählergunst erreicht und ist nun Teil der Regierung.

Einen ähnlichen Stimmenanteil (20,5 Prozent) haben im September 2022 in Schweden auch die populistischen *Schwedendemoskraten* bei den Wahlen errungen. Die liberal-konservative Minderheitsregierung ist seitdem auf deren Unterstützung angewiesen, um für ihre Vorhaben im Parlament eine Mehrheit zu bekommen.

Angelockt von diesen Wahlerfolgen, haben sich in den vergangenen Jahren auch in Ländern, die zuvor noch nicht vom Virus des Populismus erfasst worden waren, entsprechende Parteien gegründet. Besonders auffallend ist dies auf der Iberischen Halbinsel, wo Ende 2013 mit *Vox* (in Spanien) und 2019 *Chega* (in Portugal) zwei neue rechtspopulistische Parteien entstanden sind.

Beide Parteien sind mittlerweile zur jeweils dritten politischen Kraft ihrer Länder aufgestiegen. Die portugiesische *Chega* (portugiesische für "Basta"/"Es reicht") hat bei den Parlamentswahlen des Jahres 2025 mit 22,8 Prozent sogar mit dem Partido Socialista gleichgezogen und es 2026 mit ihrem Kandidaten in die Stichwahl der Präsidentschaftswahl geschafft.

Die Maske der gezähmten Rechtsnationalen

Bei manchen populistischen Parteien ist in letzter Zeit zu beobachten, dass ihre führenden Repräsentanten ihre nationalistisch-fremdenfeindliche Programmatik hinter einer staatstragenden Maske verbergen. In ihrem Schatten bleiben freilich auch die alten Haudegen der Bewegung aktiv, so dass gleichzeitig eine um ihre Privilegien bangende bürgerliche Mittelschicht angesprochen und weiterhin am ostentativ politisch inkorrekten rechten Rand auf Stimmenfang gegangen werden kann.

Besonders deutlich ist diese Rollenverteilung in Italien. Dort gibt Matteo Salvini, Vorsitzender der italienischen *Lega*, als stellvertretender Ministerpräsident den polternden Polit-Lümmel, während die Premierministerin, die Postfaschistin Giorgia Meloni von den *Fratelli d'Italia*, sich als Wölfin im Schafspelz präsentiert.

Meloni erscheint so nach außen hin als "gezähmte" Rechtsnationale. Genau dies ermöglicht es ihr allerdings, effektiv eben jene Politik zu betreiben, die von den Rechtsaußen-Rüpel an ihrer Seite offen eingefordert wird. So darf etwa ihr ehemaliger Lebensgefährte, Andrea Giamburno, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen offen gegen Feministinnen und gleichgeschlechtliche Paare hetzen.

Ihre reaktionäre Kulturpolitik setzt Meloni zum einen dadurch um, dass sie im Kulturbetrieb konsequent eigene Leute an die Schalthebel der Macht hievt. Zum anderen folgt sie aber auch ideell der Linie der neofaschistischen Bewegung, die sich in Italien um das *CasaPound* versammelt hat.

Die nach dem US-amerikanischen Dichter und Mussolini-Anhänger Ezra Pound benannte Einrichtung versteht sich als nationalrevolutionäre Bewegung, die für eine Rückkehr zu traditionellen kulturellen Werten kämpft. Sie pflegt enge Kontakte zu rechtsextremen und identitären Kreisen in ganz Europa.

Die CasaPound steht zudem für eine auch von anderen populistischen und neofaschistischen Gruppierungen gepflegte Strategie der sukzessiven Durchdringung der Gesellschaft. Dafür wird stets dort Präsenz gezeigt, wo Hilfe benötigt wird, etwa nach Naturkatastrophen oder bei der Unterstützung alter Menschen auf dem Land. So kann die aggressive Programmatik hinter einem freundlichen Gesicht verborgen und zugleich implizit dem politischen "Establishment" Versagen beim Eingehen auf die existenziellen Bedürfnisse der Bevölkerung vorgehalten werden.

Wie Meloni steht auch Marine Le Pen vom französischen *Rassemblement National* für die Taktik einer demokratischen Hülle

mit autokratischem Kern. Im Falle Le Pens wird dies auch an der Namensänderung der Partei deutlich: Der Wandel vom kämpferischen *Front National* zum nationale Einigung verheißenden *Rassemblement National* (Nationale Sammlungsbewegung) soll die Akzeptanz an der Wahlurne erhöhen.

Hinzu kommt die Wahl eines smarten Jungpolitikers (Jordan Bardella) zum Vorsitzenden der Partei. Dies soll den Eindruck einer Abkehr von der dumpf-nationalistischen Vergangenheit verstärken und generell jugendliche Kraft und Dynamik signalisieren. Wie Giorgia Melonis Politik ist jedoch auch die Programmatik des *Rassemblement National* bis heute von fremdenfeindlichen Ressentiments und völkischem Gedankengut geprägt.

Gleiches gilt für den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, der seine xenophobe Rhetorik zuletzt ebenfalls mit angezogener Handbremse vorgetragen hat. Bei den Wahlen zum niederländischen Parlament war er damit im November 2023 ausgesprochen erfolgreich: Seine PVV (Partei für die Freiheit) stieg bei dem Urnengang mit einem Stimmenanteil von 23,6 Prozent zur stärksten Kraft auf.

Vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus

Besonders stark verankert in der politischen Kultur ihrer Länder sind die rechtspopulistischen Parteien in Österreich und der Schweiz, die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und die SVP (Schweizerische Volkspartei). Dies liegt daran, dass beide Parteien nicht als rechtspopulistische Projekte gegründet worden sind, sondern sich jeweils durch entsprechend aufgestellte Vor-

sitzende – Jörg Haider in der Schweiz, Christoph Blocher in der Schweiz – in dieser Richtung verändert haben.

In beiden Fällen haben diese Prozesse bereits Ende der 1980er Jahre eingesetzt, so dass die populistische Polemik hier auch schon früher Früchte trug als in anderen Ländern. Die FPÖ war in Österreich schon mehrfach an Regierungen beteiligt, die SVP stellt im Schweizer Bundesrat – der nach dem Konkordanzprinzip von allen maßgeblichen Parteien gemeinsam gebildeten Regierung – zwei von sieben Mitgliedern.

Sowohl die SVP als auch die FPÖ sind in der Vergangenheit immer wieder durch eine besonders skrupellose Ausnutzung fremdenfeindlicher Ressentiments für ihre Wahlkampagnen aufgefallen. Im Falle der SVP fand dies seinen unrühmlichen Höhepunkt in der so genannten "Ausschaffungsinitiative", bei der die SVP 2010 mit offen rassistischen Wahlplakaten für raschere Abschiebungen geworben hat.

Die FPÖ hat sich unter ihrem seit Juni 2021 amtierenden Vorsitzenden ("Bundesparteiobmann") Herbert Kickl so weit nach rechts bewegt, dass sie die Grenze zum Rechtsextremismus teilweise deutlich überschreitet. So bekennt sich Kickl offen zum Konzept der "Remigration". Bei öffentlichen Auftritten provoziert er mit einer bewussten Verwendung des – zum "Unwort des Jahres 2023" gewählten – Begriffs: Genau das, was das Wort bezeichne – "dass die alle heimgehen" – sei das, was man brauche (zit. nach Hahne/Soos 2024).

Der FPÖ-Vorsitzende steht damit für eine Strategie des offenen Zusammenführens von rechtsextrem-identitärer und rechtspopulistischer Bewegung. Damit beschreitet er einen anderen Weg

als Meloni und Le Pen, die ihre ähnlich gelagerten Absichten hinter einer weichgespülten Rhetorik verbergen.

Dies wird nicht nur dadurch begünstigt, dass die FPÖ in Österreich längst eine stabile Stammwählerschaft hat, die der Partei selbst den Skandal um Heinz-Christian Straches "Ibiza-Affäre" rasch verziehen hat. Vielmehr ist die Partei auch organisatorisch eng mit Gruppierungen des rechtsnationalen Spektrums – wie insbesondere den Burschenschaften – verbunden, in denen völkisches Gedankengut schon lange ein selbstverständlicher Bestandteil des Diskurses ist.

Literatur

Baumann, Meret / Kreutzmann, Susann / Neuhaus, Christina / Hermann, Jonas: [Was die rechten Parteien AfD, SVP und FPÖ vereint – und was sie trennt.](#) *Neue Zürcher Zeitung*, 25. Februar 2024-

Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel. [Rechtspopulismus in Europa](#): Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: *Zeitschrift für Politik* 64 (2017), S. 1 – 21 (PDF).

Donges, Sofia [interviewt von Isabella Kolar]: [Skandinavien: Der Aufstieg der Rechtspopulisten.](#) Deutschlandfunk, *Weltzeit*, 10. Januar 2023.

Feldbauer, Gerhard: *Giorgia Meloni und der italienische Faschismus.* Köln 2023: Papyrossa.

Geden, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwi-*

schen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden 2006: Verlag für Sozialwissenschaften (VS).

Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden 2017: Nomos.

Kempin, Ronja: [Rassemblement National. Eine einflussreiche Partei in einem gespaltenen Land.](#) Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier zum Rechtspopulismus, 17. Juli 2022.

Metz, Markus / Seeßlen, Georg: [Kulturkampf in Italien. Der Angriff der Rechten auf die Demokratie.](#) Deutschlandfunk, *Essay und Diskurs*, 18. Februar 2024.

Patzelt, Werner J.: Deutschlands blaues Wunder. Die AfD und der Populismus. München 2025: Langen-Müller.

Reiter, Margit: Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. Göttingen 2019: Wallstein.

Scharsach, Hans-Henning: Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften. Wien 2017: Kremayr & Scheriau.

Schweighöfer, Kerstin: [Rechtspopulismus in den Niederlanden.](#) Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier zum Rechtspopulismus, 16. März 2017.

Vossen, Koen: Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders. In: Wiegenga, Friso / Hartleb, Florian (Hgg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, S. 77 – 103. Münster u. a. 2011: Waxmann.

Populistischer Autoritarismus in Asien



Pressestelle der Bharatiya Janata Party (BJP): Der indische Ministerpräsident Narendra Modi im Wahlkampf, April 2024 (Wikimedia commons)

Philippinen: Jagd auf Drogenabhängige als Wahlkampfschlager

2016 wurde auf den Philippinen Rodrigo Duterte zum Präsidenten gewählt – ein Politiker, der als Bürgermeister der Millionenstadt Davao City auf Mindanao Drogenabhängige und Kleinkriminelle von Todesschwadronen hatte bekämpfen lassen. Exakt diese "Politik der harten Hand" war auch das populistische Hauptargument, mit dem er bei den Wahlen für sich geworben hatte. Als Präsident setzte er dieselbe Politik im nationalen Maßstab um.

Nachdem Duterte sich 2022 nicht erneut zur Wahl stellen durfte, schickte er seine Tochter, die ihm zuvor bereits im Amt der Bürgermeisterin von Davao City nachgefolgt war, erfolgreich als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin ins Rennen. Die enge Verbindung von Populismus und Autoritarismus trat dabei dadurch offen zutage, dass Sara Duterte neben dem Präsidentschaftskandidaten Ferdinand Marcos Junior, dem Sohn des früheren diktatorisch regierenden Präsidenten Ferdinand Marcos, kandidierte.

Nach dem Sieg des Duos taten sich freilich umgehend Risse zwischen den beiden Lagern auf, da beide nach der absoluten Macht streben. Der Versuch von Marcos, sich seiner Vizepräsidentin durch ein Amtsenthebungsverfahren zu entledigen, scheiterte allerdings am Einspruch des Obersten Gerichtshofs des Landes.

Indonesien: Ein Präsident mit monarchischer Attitüde

Eine ähnliche Entwicklung wie auf den Philippinen ist in Indonesien zu beobachten. Dort hat der 2014 ebenfalls als Anti-

Establishment-Kandidat ins Präsidentenamt gewählte Joko Widodo seinen ältesten Sohn, Gibran Rakabuming Raka, bei den Wahlen im Januar 2024 erfolgreich als Vizepräsidentschaftskandidat antreten lassen – obwohl dieser mit 36 Jahren unter dem eigentlich für das Amt geltenden Mindestalter von 40 Jahren lag. Möglich wurde dies durch eine Ausnahmegenehmigung des Verfassungsgerichts, dessen Vorsitz bezeichnenderweise ein Schwager von Widodo innehatte.

Die Wahl von Widodos Sohn zum Vizepräsidenten markiert gleich in doppelter Hinsicht einen Trend zum Autoritarismus in Indonesien. Die Wahl liegt zunächst auf einer Linie mit dem zunehmend selbstherrlichen Regierungsstil Widodos, der sich mit einer neuen Hauptstadt ein Denkmal setzen möchte und nur aufgrund heftiger Kritik von seinem Vorhaben Abstand genommen hat, entgegen der verfassungsmäßigen Begrenzung von zwei Amtszeiten selbst noch einmal für das Präsidentenamt zu kandidieren.

Darüber hinaus hat Widodo die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt und mit einem Gesetz gegen außereheliche sexuelle Beziehungen auch in einen Kernbereich der persönlichen Selbstbestimmung eingegriffen. Letzteres ist als Entgegenkommen gegenüber islamistischen Strömungen zu verstehen, die in dem muslimisch geprägten Land über starken Einfluss verfügen. Widodos Wirtschaftspolitik war von einem einseitigen Wachstumsdenken geprägt und ging mit Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutzvorschriften einher.

Widodos jugendlicher Sohn verleiht als Vizepräsident dem neuen Präsidenten Prabowo Subianto zudem einen Glanz, der von dessen düsterer Vergangenheit ablenken soll.

Subianto, der sowohl 2014 als auch 2019 erfolglos gegen Widodo kandidiert hatte, hatte seit 2019 als Verteidigungsminister amtiert. Er war fest in der früheren indonesischen Diktatur unter General Suharto verankert. Verheiratet mit einer Tochter des Diktators und selbst General, war er maßgeblich an Massakern im Rahmen der Unabhängigkeitsbewegung in Osttimor und an indonesischen Oppositionellen während der Suharto-Ära beteiligt.

Quasi-dynastische Herrschaftsformen

Die Praxis, die Aura der eigenen Macht in quasi-dynastischer Weise auf andere Familienangehörige zu übertragen, ist auch aus anderen asiatischen Ländern bekannt.

Beispiele sind etwa die ehemaligen Ministerpräsidentinnen Pakistans und Indiens, Benazir Bhutto und Indira Gandhi, die beide Töchter früherer bedeutender Premierminister bzw. Präsidenten waren. Beide mussten allerdings ihren dynastischen Herrschaftsanspruch mit dem Leben bezahlen: Sie sind politischen Attentaten zum Opfer gefallen.

Auch im Fall von Scheikh Hasina – deren Vater Mujibur Rahman ebenso als Staatsgründer ihres Landes gilt wie Jawaharlal Nehru, der Vater Indira Gandhis, im Falle Indiens – Wajed zeigten sich die Grenzen dynastischer Machtansprüche. Nachdem sie von 1996 bis 2001 und von 2009 bis 2024 Premierministerin von Bangladesch war, führte ihr zunehmend autokratischer, von gewalttätigen Polizeieinsätzen begleiteter Regierungsstil im August 2024 zu landesweiten Protesten, die sie zur Flucht ins Exil zwangen.

In Indien war nach der Ermordung Indira Gandhis deren Sohn Sanjay und nach dessen Unfalltod ihr zweiter Sohn Rajiv zum führenden Politiker der Kongresspartei aufgestiegen. Rajiv Gandhi wurde 1984 auch zum Premierminister gewählt. Nachdem 1991 auch er ermordet worden war, folgte ihm seine Frau Sonia Gandhi 1998 als Vorsitzende der Kongresspartei nach und bekleidete dieses Amt – mit einer kurzen Unterbrechung, in der ihr Sohn Rahul die Partei führte – bis 2022.

Populistischer Hindu-Nationalismus in Indien

Eben diese dynastische Unterwanderung der Demokratie konnte sich der hindu-nationalistische Politiker Narendra Modi in seiner Agitation gegen das politische Establishment zunutze machen. Im Falle Sonia Gandhis kam noch hinzu, dass es sich bei ihr nicht um eine gebürtige Inderin handelte, was der populistisch-nationalistischen Polemik Modis in die Karten spielte.

Nach einem ersten Wahlsieg im Mai 2014 wurde Modi 2019 im Amt bestätigt. Unmittelbar danach hat er durch den Entzug des Sonderstatus für das überwiegend von Muslimen bewohnte Kaschmir seinen aggressiven Nationalismus unzweideutig unter Beweis gestellt.

In dasselbe Jahr fällt eine Staatsbürgerschaftsreform, die Muslimen mit Ausweisung droht, wenn sie ihre indische Identität nicht eindeutig nachweisen können. Das Gesetz macht sich zunutze, dass gerade unter der muslimischen Bevölkerung viele – vor allem einkommensschwache – Menschen aufgrund von Flucht, Vertreibung und Naturkatastrophen weder über gültige Ausweis-

papiere noch über die für deren Erhalt erforderlichen Identitätsnachweise (wie etwa Geburtsurkunden) verfügen.

Die staatlich orchestrierte Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten wird von Hindu-Nationalisten auch immer wieder als Ermutigung für Lynchmorde verstanden, bei denen die Polizei oft tatenlos zuschaut. Dies liegt ganz auf einer Linie mit der von Modis Partei, der BJP (Indischen Volkspartei), vertretenen Hindutva-Ideologie, der zufolge die indische Identität untrennbar mit dem Hinduismus verbunden ist.

Als kulturelles und politisches Leitbild propagiert wurde diese Ideologie zunächst vor allem von der RSS, einer "Nationalen Freiwilligenorganisation" von Hindus, aus der auch die BJP hervorgegangen ist. Die RSS war schon vor dem Aufstieg der BJP zur bestimmenden politischen Kraft in Indien maßgeblich an Pogromen gegen die muslimische Bevölkerung beteiligt.

Besonders schwere Ausschreitungen gab es im Februar 2002 in Ayodhya im Bundesstaat Gujarat, als über tausend Menschen muslimischen Glaubens getötet wurden. Auslöser war der Versuch von Hindu-Nationalisten, am Ort einer früheren Moschee einen Tempel für den hinduistischen Gott Rama zu errichten. Eben diesen Tempel hat Modi bauen lassen und Anfang 2024 als Demonstration der dominanten Hindu-Kultur eingeweiht.

Nach zehn Jahren an der Macht fühlt sich die BJP mittlerweile stark genug, die muslimische Minderheit sowie oppositionelle Kräfte offen zu verfolgen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das so genannte "Directorate of Enforcement". Die Bundesbehörde ist ursprünglich zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption eingerichtet worden. Sie nutzt ihr Mandat jedoch inzwischen vor

allem dazu, Oppositionelle unter konstruierten Vorwürfen zu verfolgen und zu inhaftieren. Dabei können selbst Ministerpräsidenten von Bundesstaaten, die von der Opposition regiert werden, ins Fadenkreuz geraten.

Auch die wichtigsten Fernsehstationen des Landes hat die BJP mit Hilfe reicher Unternehmer unter ihre Kontrolle gebracht. Auf kritische Berichte wird mit offener Repression reagiert. Dies kann sogar ausländische Medien betreffen. So wurden die Redaktionsräume der BBC in Neu Delhi und Mumbai nach einem kritischen Bericht vorübergehend versiegelt und nach Listen einheimischer Mitarbeiter durchsucht (vgl. hierzu das aufschlussreiche Feature von Alfred Meyer).

Die BJP hat zwar bei den Wahlen im Frühsommer 2024 hohe Stimmenverluste hinnehmen müssen, so dass Narendra Modi sich nun auf eine Koalitionsregierung stützen muss. Das Ergebnis lag aber dennoch nicht weit unterhalb der Schwelle für eine absolute Mehrheit.

Als Grund für die zurückgegangene Zustimmung zu seiner Regierung wird zudem nicht seine hindu-nationalistische Politik, sondern die verbreitete Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation angenommen. So besteht wenig Hoffnung, dass Indien in absehbarer Zeit eine andere Richtung einschlägt.

Literatur

Ali-Fauzi, Ihsan: Rising Nationalism and Islamic Populism in Indonesia. In: *Perspectives Asia*, Themenheft *Nationalismus und Populismus in Asien*; Heinrich Böll Stiftung, 2019.

- Arshad, Arlina: [Indonesian President Joko signs contentious omnibus bill into law.](#) Straitstimes.com, 3. November 2020 [über die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutzvorschriften in Indonesien].
- Barkhausen, Barbara: [Kein Sex vor der Ehe: Indonesiens Strafgesetz wird islamischer.](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), 6. Dezember 2022.
- Bodewein, Lena: [Philippinischer Präsident Duterte: Düstere Bilanz eines Amtsjahres.](#) Deutschlandfunk, *Hintergrund*, 22. Juli 2017.
- Calimbahin, Cleo: Exploiting Resentments, Eroding Institutions: Populism in the Philippines and Southeast Asia. In: *Perspectives Asia*, Themenheft *Nationalismus und Populismus in Asien*; Heinrich Böll Stiftung, 2019.
- Human Rights Watch: [Indien: Neues Staatsbürgerschaftsgesetz führt zu Protesten und Angriffen.](#) Muslime Opfer diskriminierender Politik, Kritiker angegriffen; 10. April 2020.
- Johnston, Jennifer: [Indonesiens Präsident Joko Widodo: Ein entzauberter Hoffnungsträger?](#) Deutschlandfunk, 13. Februar 2024.
- Kuntz, Katrin: [Der philippinische] [Präsident Duterte und die Kilerkommandos](#): "Ich wusste, dass die Frauen unschuldig waren." *Der Spiegel* 8/2017; 20. Februar 2017.
- Messmer, Lukas: [Neue Megacity auf Borneo: Eine Stadt wie "Washington und Dubai"](#); SRF, 13. Februar 2024; mit Links zu weiteren Beiträgen zur indonesischen Politik.

- Meyer, Alfred: Jagen, einschüchtern, einsperren: [Ist Indiens Demokratie am Ende?](#) Deutschlandfunk, Feature, 16. April 2024.
- Mody, Ashoka: [Der langsame Tod der kurzen säkularen Demokratie in Indien.](#) Project-syndicate.org, 9. Januar 2024 [zur Einweihung des umstrittenen Tempels für den hinduistischen Gott Rama in Ayodhya durch Narendra Modi].
- Perspectives Asia: Themenheft *Nationalismus und Populismus in Asien*; Heinrich Böll Stiftung, 2019; [Inhaltsverzeichnis](#).
- Pick, Ulrich: [Hinduistischer Nationalismus: Rassistische Attacken auf Christen und Muslime in Indien.](#) Deutschlandfunk, 11. Februar 2017.
- Plagemann, Johannes / Ufen, Andreas: [Spielarten des Populismus in Asien.](#) GIGA Focus Asien 2017/7.
- Schulz, Benedikt: [Die Wurzeln der indischen Hindutva-Ideologie: Religion und Nation.](#) Deutschlandfunk, 10. März 2021.
- Singh, Richa: [Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Indien.](#) In: Perspectives Asia: Nationalismus und Populismus in Asien; Heinrich Böll Stiftung, 25. Januar 2019.
- Spiegel.de: [Artikelsammlung zu den Philippinen](#), u.a. zu Rodrigo Duterte's Anti-Drogenkrieg, der durch ihn geprägten repressiven politischen Kultur und zu seiner Nachfolge
- Ufen, Andreas: [The Rise of Digital Repression in Indonesia under Joko Widodo.](#) GIGA Focus Asien 2024/1.

Der Nährboden des Populismus



Felix Mittermeier: Reichstag mit Deutschlandflagge (Pixabay)

Populistische Antworten auf die Globalisierung

Bei der Suche nach Antworten auf die Frage, warum populistische Parteien seit einigen Jahren verstärkt Zulauf erhalten, stehen vor allem zwei Begründungsstränge ins Auge. Der eine betrifft die politischen Eliten und ihren Umgang mit der Demokratie, der andere wirtschaftliche Entwicklungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Wenn von dem zweiten Punkt die Rede ist, fallen oft Stichworte wie "Globalisierung" oder "Globalisierungsverlierer". In der Tat ist es so, dass die globale Vernetzung der Wirtschaft die Handlungsspielräume der großen Unternehmen massiv erweitert hat. Diese können dadurch zum einen immer dort produzieren lassen, wo die Lohn- und Produktionskosten für sie am günstigsten sind. Zum anderen sind global operierende Konzerne gegenüber national orientierten Politikern stets strategisch im Vorteil, da sie die einzelnen Regierungen gegeneinander ausspielen können.

Die Problematik der Besteuerung internationaler Unternehmen oder auch der Regulierung von Finanztransaktionen und Börsenaktivitäten ist nur im Rahmen multilateraler Abkommen zu regeln. Statt diese durchzusetzen, erliegen aber immer wieder einzelne Staaten der Versuchung, sich durch günstige Steuersätze für große Konzerne oder auch Sonderkonditionen für Finanzplätze wirtschaftliche Vorteile gegenüber anderen Ländern zu verschaffen.

In einem solchen Umfeld fallen die nationalistischen Rufe populistischer Parteien nach einer protektionistischen Einhegung der heimischen Wirtschaft auf fruchtbaren Boden. Die Sehnsucht

nach einer Rückkehr in die überschaubare Sphäre eines rein nationalen Marktes fördert unter Globalisierungsverlierern zudem die Bereitschaft, die wirtschaftlichen Probleme auf alles Fremde – insbesondere Zuwanderer – zu projizieren, als wären diese verantwortlich für die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit der Politik, die Globalisierung aktiv zu gestalten, anstatt sie von der Wirtschaft in deren Interesse "managen" zu lassen.

Die protektionistische Antwort auf die Globalisierung geht so einher mit dem Ideal einer monolithischen Kultur, in der jede Befruchtung von außen als Angriff auf die eigene Identität erscheint. Der Kontakt zu anderen Kulturen, Wertvorstellungen und Deutungsmustern der Wirklichkeit wird dabei nicht als potenzielle Bereicherung wahrgenommen, sondern als Gefahr für das eigene eng umgrenzte Weltbild und die daraus abgeleitete Überschaubarkeit des jeweiligen Lebensraums. Das Ergebnis ist ein rückwärtsgewandter Begriff von "Heimat", bei der diese in musealer Weise auf den Status quo vor dem Zusammenrücken der Welt festgelegt wird.

Polit-Adel als Steilvorlage für populistische Bewegungen

Der zweite Begründungsstrang für den Erfolg populistischer Bewegungen betrifft unmittelbar die politische Ebene. Um der wirtschaftlichen Elite als eigenständige Gestaltungsmacht gegenüber treten zu können, müsste die politische Elite klar von dieser geschieden sein. Dies ist aber weder auf der alltäglichen Handlungsebene noch auf der Ebene der Denkmuster und Einstellungen oder auf der Ebene der Personen der Fall. Vielmehr wechseln Führungskräfte heutzutage oft zwischen Wirtschaft und Politik

hin und her und lassen sich auch in Bezug auf Habitus und Umgangsformen als einheitliche Kaste beschreiben.

Das Volk wird dabei von den politischen Entscheidungsträgern immer weniger als Souverän und immer stärker als lästiges Übel angesehen, das man in regelmäßigen Abständen indoktrinieren und manipulieren muss, um die eigene Macht zu sichern und ungestört die eigenen Ziele verfolgen zu können. An die Stelle des demokratischen Dialogs treten dann als PR-Maßnahmen getarnte Propagandafeldzüge, in denen selbst gegen die Interessen der Betroffenen gerichtete Gesetze als nie dagewesene Wohltaten präsentiert werden.

Hinzu kommt, dass standardisierte Coachingseminare und Beratungsagenturen den Eindruck der Austauschbarkeit des politischen Personals und der mangelnden Unterscheidbarkeit der Parteien vermitteln. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Tatsache, dass Letztere in ihren Entscheidungsspielräumen durch die Einbindung der Staaten in multilaterale Gemeinschaften und Handelsabkommen eingeengt sind.

Stammtisch-Habitus gegen das politische Establishment

In der Folge wird die politische Elite als vom Volk abgehoben wahrgenommen. Nationale Politiker scheinen nur noch das nach unten "durchzustechen", was in Brüssel, Davos und anderswo ausgehandelt worden ist. Befeuert wird diese Wahrnehmung auch durch einen autokratischen Habitus, bei dem das Volk – als der angebliche "Souverän" in der Demokratie – nicht mehr ge-

fragt, sondern nur noch über die andernorts getroffenen Entscheidungen belehrt wird.

In einer solchen Situation wird dann jede Möglichkeit genutzt, um der eigenen Wut ein Ventil zu verschaffen. So kommen Voten wie beim Brexit-Referendum zustande, bei dem weite Teile des Volkes gegen die eigenen Interessen abgestimmt haben, um "denen da oben" einen Denkmalsstein zu verpassen.

Von dieser Entwicklung profitieren populistische Parteien deshalb, weil sie skrupellos genug sind, die Wahlberechtigten in ihrem irrationalen Abstimmungsverhalten zu bestärken. Der Reiz dieser Parteien besteht für viele Menschen darin, dass sie sich als "Anti-Establishment" präsentieren und dies mitunter durch einen ostentativ politisch inkorrekten Habitus unterstreichen. So sind ihre Repräsentanten zuweilen absichtlich undiplomatisch und nicht selten beleidigend gegenüber anderen und geben so der diffusen Wut und Verunsicherung, die sich unter ihren Anhängern angesichts der oben beschriebenen Kontrollverluste breitgemacht hat, eine Stimme.

Die gezielt eingesetzten Pöbeleien gegenüber dem politischen Gegner sind für jene, die sich von den etablierten Politikern übergangen und nicht ernst genommen fühlen, zudem ein identifikatorisches Angebot, welches das verletzte Ego streichelt und ein Gemeinschaftsgefühl wie in einer eingeschworenen Stammtischrunde vermittelt.

Inadäquate Reaktionsweisen auf populistische Bewegungen

Populistische Bewegungen forcieren damit den Niedergang der demokratischen Kultur, der durch die Bildung quasi-oligarchischer Strukturen innerhalb der formal demokratischen Gemeinwesen angebahnt worden ist.

Eine funktionierende demokratische Kultur, in der die Menschen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können, anstatt von für sie undurchschaubaren Entwicklungen und Entscheidungen anderer überrollt zu werden, wäre demzufolge das wirksamste Gegenmittel gegen den Siegeszug der populistischen Parteien. Andernfalls können die autokratischen Tendenzen, durch welche die Demokratie sukzessive ausgehöhlt wird, von autoritären Führern – und immer häufiger auch Führerinnen – für den eigenen Machterwerb genutzt werden.

Eine solche Gegenbewegung zu der immer bedrohlicheren Welle des Populismus widerspricht allerdings der Logik der von den etablierten Parteien praktizierten Herrschaftsformen. Aus dieser Logik ergeben sich vielmehr zwei ganz andere Reaktionsweisen.

In einem Fall kommt es dabei zu einer Übernahme einzelner populistischer Positionen in leicht abgewandelter Form, um das entsprechende Wählerreservoir für sich zu erschließen. Im anderen Fall greift man zum Mittel der Belehrung und zu Kampagnen, mit denen die populistische Rhetorik entzaubert werden soll.

Doppelte Entmündigung des Volkes

In beiden Fällen profitieren die populistischen Parteien im Endeffekt von den Bemühungen zu ihrer Eindämmung. Anlehnungen an ihre Programmatik können als Bestätigung ihrer Positionen verstanden werden. Propagandistische Gegenoffensiven im Gestus moralischer Überlegenheit verstärken dagegen nur das Misstrauen gegenüber den als abgehoben wahrgenommenen etablierten Parteien. Sie erscheinen zudem wenig glaubwürdig, da Letztere sich in ihrer Wahlwerbung ähnlicher Mittel bedienen wie die populistischen Emporkömmlinge.

In der Tat weichen die etablierten Parteien ja auch in ihrer Auseinandersetzung mit der populistischen Herausforderung einem echten demokratischen Diskurs aus. Dies liegt ganz auf einer Linie mit der Vorgehensweise der populistischen Parteien. Denn auch sie streben ja keinesfalls einen lebendigen geistigen Austausch über ihre politischen Ziele und Strategien an.

Wes Geistes Kind die sich so volksnah gebenden Verführer der Massen in Wahrheit sind, lässt sich am besten an ihren internationalen Kontakten ablesen. Besonders aufschlussreich sind die fehlenden Berührungängste, die sie in der Vergangenheit gegenüber der putinschen Demokatur an den Tag gelegt haben (s.o.), und die zumindest in rechtspopulistischen Kreisen durchweg positive Einstellung gegenüber Donald Trump.

Beides zeigt, dass es populistischen Parteien keineswegs – wie sie oft behaupten – um eine Stärkung der Demokratie geht. Was sie anstreben, ist vielmehr ein Staat, in dem der nationale Führer als höchste Form der Verkörperung des Volkswillens erscheint. Ihr

Ideal ist ein Führer, der das Volk in einem solchen Maße repräsentiert, dass er dessen Willen intuitiv erfasst und folglich auch nicht mehr durch Wahlen bestätigt werden muss.

Wer in einem solchen Staat nicht einverstanden ist mit der Politik der Führung oder diese gar kritisiert, offenbart sich damit automatisch als Feind des Volkes, dessen Wille sich in den Machthabenden manifestiert. Die scheinbar den Interessen des Volkes dienenden populistischen Bewegungen münden somit geradewegs in die offene Unterdrückung der Bevölkerung.

Literatur

Agnoli, Johannes: [Thesen zur Transformation der Demokratie](#). In: Konturen, Zeitschrift für Berliner Studenten, Nr. 31 (1968) [über die von den Volksparteien ausgehenden oligokratischen Tendenzen].

Gold, Robert / Fetzner, Thiemo: [Die ökonomischen Ursachen des Populismus](#). In: *Kiel Focus* 11/2019. Kiel: Institut für Weltwirtschaft (IfW).

Manow, Philip [interviewt von Susanne Führer]: [Populismus ist Protest gegen die Globalisierung](#). Deutschlandfunk Kultur, 2. Februar 2019.

Ders.: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin 2020: Suhrkamp; Rezension zum Buch: Jens Balzer: [Von liberalen Eliten und Anti-Demokraten](#); Deutschlandfunk Kultur, 4. Mai 2020.

- Petersen, Thieß: [Ökonomische Wurzeln des Populismus](#). In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 98 (2019), H. 9, S. 638 – 643.
- Reyher, Martin: [Die Lobbyjobs der ehemaligen Regierungsmitglieder](#). Abgeordnetenwatch.de, 23. April 2022.
- Ders. / Röttger, Tania: [Abgeordnete als Lobbyisten](#). Abgeordnetenwatch.de, 7. Juli 2022.
- Von Arnim, Hans Herbert: Politische Parteien im Wandel. Ihre Entwicklung zu wettbewerbsbeschränkenden Staatsparteien – und was daraus folgt. Berlin 2011: Duncker & Humblot.
- Walter, Franz: [Schaden des Parteienstaates](#). In: Frankfurter Rundschau vom 19. Oktober 2011 [über die Einschränkung der Debattenkultur im Parlament durch den von den Parteien verordneten Fraktionszwang].
- Walter, Stefan: [Globalisierung und Populismus](#) [Thesenblätter und Schautafeln, mit weiterführenden Literaturhinweisen]. Universität Zürich, Januar 2018.

Autoritarismus und "Neue Autorität"



*Albert Anker: Die Dorfschule von 1848 (1896); Kunstmuseum Basel
(Wikimedia commons)*

Die Schule als Proberaum für demokratische Umgangsformen

Die wirksamste Immunisierung gegen die schleichende Durchdringung der Demokratie mit dem Gift populistisch-autoritaristischer Denk- und Handlungsimpulse wäre wohl eine entsprechende Sensibilisierung der Heranwachsenden in der Schule.

Dies darf allerdings nicht durch eine rein analytische Herangehensweise geschehen. Es reicht nicht aus, populistische Parteien als anti-demokratisch zu brandmarken und einzelne ihrer Behauptungen in ihrem Fake-Charakter zu entlarven. Dies gilt umso mehr, als auch die Mainstream-Parteien der westlichen Demokratien in ihrer Wahlwerbung und dem Eigenlob der Regierungen keineswegs das aufklärerische Ideal des kritischen Denkens fördern.

Entscheidend ist vielmehr, dass die Heranwachsenden in der Schule konkret erleben können, was Demokratie bedeutet. Anstatt die Demokratie nur als abstraktes Ideal zu lehren, muss die Schule selbst zu einer Demokratie werden – also die Lernenden als Subjekte ernst nehmen, sie zu kritischem Hinterfragen ermuntern und ihnen bei der Gestaltung der Lernprozesse größtmögliche Mitbestimmung einräumen.

Zum Konzept der "Neuen Autorität"

Die Realität sieht allerdings ganz anders aus. Der durchgetaktete Stundenplan, die Notengebung und die daran ausgerichteten Lernformen untergraben eher das selbstbestimmte Lernen, als dass sie es fördern. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jah-

ren ein Konzept an Zustimmung gewinnt, dass fast schon als schulische Entsprechung zu autoritären Herrschaftsformen erscheint: die so genannte "Neue Autorität".

Der Idee nach richtet sich das von dem israelischen Psychologen Haim Omer entwickelte Konzept gegen ein Verständnis von Autorität, das diese durch die unumschränkte, notfalls auch mit Gewalt durchgesetzte Machtposition der Autoritätsperson gewährleistet sieht. Omer zufolge lässt sich die Anerkennung von Autorität demgegenüber gerade dadurch sicherstellen, dass Autoritätspersonen bereit sind, ihr eigenes Verhalten zu hinterfragen und Konflikte im Dialog mit den Untergebenen zu lösen.

Dass Omer sich für einen solchen dialogischen Konfliktlösungsprozess überhaupt auf das Konzept der Autorität bezieht, liegt wohl daran, dass er das Konstrukt der "Neuen Autorität" auf der Grundlage seiner Erfahrungen beim israelischen Militär entwickelt hat. Es ging ihm also zunächst darum, für eine Einrichtung, die in der Tat nicht ohne klare Hierarchien und Befehlsstrukturen auskommt, eine Form von Autorität zu entwickeln, die gerade durch ihr Absehen von expliziter Gewaltandrohung und die Offenheit für die Sorgen, Nöte und eigenen Initiativen der Untergebenen effektiver ist als das altbekannte Einfordern von Kadavergehorsam.

Dies ist auch der Hintergrund, vor dem Omer sich auf die Tradition des gewaltfreien Widerstands bezieht, wie er etwa durch Mahatma Gandhi und Martin Luther King repräsentiert wird. Abgezielt wird damit auf die unbedingte Bereitschaft zum Dialog, eine Geduld, die so lange ausharrt, bis ein Konflikt gelöst ist, an-

statt ihn unter einer gebrüllten Anweisung des Anführers zu begraben.

Problematische Übertragung des Konzepts auf den schulischen Bereich

Die Übertragung des Konzepts auf die Schule ist allerdings in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Schule ist nun einmal keine Kaserne – oder sollte dies zumindest nicht sein. So muss das grundlegende Paradigma für die Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden hier auch weniger das Konstrukt der Autorität, sondern eher das eines Gemeinwesens sein, in dem Regeln für den zwischenmenschlichen Umgang und das gemeinsame Lernen diskursiv ausgehandelt und überprüft werden.

Die Verknüpfung des Autoritätsgedankens mit dem Konzept des gewaltfreien Widerstands führt, auf die Schule übertragen, zudem zu einer kuriosen Verdrehung der Realität. Denn die Macht liegt hier ja eindeutig in den Händen derer, die durch Noten über Bildungs- und letztlich Berufschancen entscheiden können und darüber hinaus über diverse andere Sanktionsmittel – bis hin zum Schulausschluss – verfügen.

Wenn hier von gewaltfreiem Widerstand die Rede ist, müsste sich dies also logischerweise auf die Lernenden beziehen. Dies gilt in analoger Weise für den allgemeinen Bereich der Erziehung, wo es ebenfalls die Erwachsenen sind, die in Form materieller, aber auch immaterieller Mittel – wie emotionaler Zuwendung – die Macht in Händen halten.

Analogien zu rhetorischen Mitteln autoritärer Regime

Indem hier die Idee des gewaltfreien Widerstands mit der Seite der Machthabenden assoziiert wird, kommt es zu einer Umkehr der Verhältnisse, wie sie ähnlich auch in autoritären Regimen zu beobachten ist. Auch hier wird von denjenigen, die Gewalt ausüben, das aggressive Verhalten gegenüber der eigenen Bevölkerung oder anderen Staaten immer wieder damit legitimiert, dass man sich selbst zu einem Opfer stilisiert, das sich verteidigen müsse. Dies kann sowohl der Begründung eines Angriffskriegs dienen als auch die "Schutzhaft" angeblich extremistischer oder terroristischer Oppositioneller rechtfertigen helfen.

Eine solche Vorwurfsumkehr liegt auch dem Gedanken des gewaltfreien Widerstands im Konzept der Neuen Autorität zugrunde. In Schule und Erziehung dient dieser Gedanke dazu, Druck auf die Heranwachsenden auszuüben, um sie in einen Dialog nach den Bedingungen der Autoritätspersonen hineinzuzwingen. Das Ideal des gewaltfreien Widerstands wird hier also dazu missbraucht, Formen zumindest indirekter Gewalt zu legitimieren.

So werden durch die Hintertür altbekannte Machtmittel aus dem Arsenal der Schwarzen Pädagogik – etwa Nachsitzen oder Hausarrest – in neuer Etikettierung wieder eingeführt. Nur werden diese Mittel nun als Widerstand der Autoritätspersonen gegen eine angeblich von den Schutzbefohlenen gegen sie gerichtete Gewalt verbrämt – wobei deren Abwehrverhalten letztlich nur in einem Aufbegehren gegen die einseitig von den schulischen,

heimpädagogischen oder häuslichen Autoritätspersonen gesetzten Regeln besteht.

"Neue Autorität" als Nährboden für autoritäre Regime

Auf die Schule übertragen, fördert das Konzept der "Neuen Autorität" damit das Gegenteil einer demokratischen Erziehung. Diese ließe sich weit eher durch das Ansetzen an den Ideen des amerikanischen Philosophen John Dewey verwirklichen, aus dessen Pädagogik tragfähige Konzepte für die Implementierung eines demokratischen "Way of Life" in der Schule entwickelt werden können.

Das Konzept der "Neuen Autorität" ist dagegen eine subtile Methode, den Willen der Heranwachsenden zu brechen und sie zu einer kritiklosen Hinnahme von Autorität zu erziehen. Damit impft dieses Konzept die Lernenden auch nicht gegen die mögliche Usurpation der staatlichen Macht durch autoritär gesinnte populistische Parteien, sondern bereitet genau dieser Art von Machtübernahme den Boden.

Dies gilt umso mehr, als das Konzept der "Neuen Autorität" auch in der Wirtschaft breit rezipiert wird. In Managementseminaren wird es sogar explizit mit der Vorstellung von "Führung" assoziiert. Zwar werden auch hier formal die Ideale von Dialog, Empathie und Mitbestimmung in den Vordergrund gestellt. Diese dienen aber auch in diesem Fall einer subtilen Durchsetzung von Autorität, anstatt diese selbst zu hinterfragen.

So hat das Konzept der Neuen Autorität hier, nicht anders als in der Schule, in erster Linie den Zweck, den auf die Beschäftigten

ausgeübten Druck mit einem freundlichen Etikett zu versehen. Ein Vorgesetzter, der sich als "Freund" seiner Untergebenen ausgibt, zwingt diese dazu, sich stärker emotional zu engagieren und Privates – als mögliches Hemmnis für ihre berufliche "Performance" – preiszugeben. Dies trägt dazu bei, dass der Schutzraum der Privat- und Intimsphäre aufgebrochen und mit dem beruflichen Alltag vermengt wird.

Für die Betroffenen hat dies zur Folge, dass sie sich den Anordnungen noch weniger entziehen können, als wenn diese schlicht im Befehlston angeordnet würden. Die Unzufriedenheit mit der beruflichen Leistung wird so zudem schneller als persönliches Versagen interpretiert und wirkt sich damit auch negativer auf das sonstige Leben der Beteiligten aus.

Durch die Charmeoffensive, mit der im Rahmen des Konzepts der Neuen Autorität Normen und Arbeitsvorgaben an die Betroffenen herangetragen werden, ergibt sich auch eine organische Verbindung zu den Strategien populistischer Bewegungen. Denn diese bahnen sich den Weg zur Macht ja ebenfalls durch eine schmeichlerische Ummantelung ihrer autoritären Ziele.

Literatur

Baumann-Habersack, Frank: Mit transformativer Autorität in Führung. Die Führungshaltung für das 21. Jahrhundert (2015). Wiesbaden 3. Aufl. 2021: Springer Gabler [ursprünglicher Titel: Mit neuer Autorität in Führung. Warum wir heute präsenter, beharrlicher und vernetzter führen müssen].

Dierbach, Stefan: Der Plan von der Abschaffung der Ohnmacht: Skeptische Anmerkungen zum Konzept der "Neuen Autorität" aus sozialpädagogischer Perspektive. In: *Forum für Kinder- und Jugendarbeit* 2016 ([Teil 1](#) in Heft 2, S. 28 – 33; [Teil 2](#) in Heft 3, S. 4 – 11; PDF); Linksammlung zum Thema auf der Website des Verbands Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.: [Das Handlungskonzept der "Neuen Autorität"](#).

Hoffmann, Ilka: Die Schule in der Demokratie als Schule der Demokratie. Bildungsreformen als Fundament eines demokratischen Way of Life. St. Wendel 2022: LiteraturPlanet.

Dies.: [Soziales Lernen als Voraussetzung demokratischen Lernens. John Deweys Konzept einer demokratischen Schule](#); rotherbaron.com, 5. Oktober 2022 [mit weiterführenden Literaturhinweisen].

Lutz, Tilman, interviewt von Kaija Kutter: [Sozialwissenschaftler über "Neue Autorität": "Wir brauchen das nicht"](#); taz, 31. Januar 2019.

Omer, Haim / von Schlippe, Arist: Autorität durch Beziehung. Die Praxis des gewaltlosen Widerstands in der Erziehung. Göttingen 2004: Vandenhoeck & Ruprecht.

Autoritarismus und Hegemoniale Männlichkeit



Thomas Sonderrmann: Skulptur (Pixabay)

Autorität und autoritärer Charakter

Die Renaissance des Autoritätskonzepts geht einher mit der Wiederauferstehung eines anderen Gespenstes, das man ebenfalls längst in der Mottenkiste einer reaktionären Vergangenheit begraben glaubte – des Ideals einer männlich-patriarchalen Vorherrschaft.

Um den Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen zu verstehen, lohnt es sich, einen Blick zurück auf die 1930er Jahre zu werfen, als am Frankfurter Institut für Sozialforschung die Grundlagen für die Erforschung des "autoritären Charakters" gelegt wurden. Vervollständigt wurden diese Arbeiten in Genf, Paris und später in New York, wohin das Institut nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten umziehen musste.

Der Kern des autoritären Charakters ist vielfach beschrieben worden. Der entscheidende Aspekt ist die typische "Radfahrer-Mentalität", bei der nach oben gebuckelt und nach unten getreten wird. In den Worten Erich Fromms, der sich dem autoritären Charakter aus psychoanalytischer Perspektive genähert hat, stellt sich die Psyche eines entsprechenden Menschen wie folgt dar:

"Er bewundert die Autorität und strebt danach, sich ihr zu unterwerfen; gleichzeitig aber will er selbst Autorität sein und andere sich gefügig machen" (Fromm 1941, S. 163).

Nährboden für den autoritären Charakter in der Weimarer Republik

Fromms Charakterisierung des autoritären Charakters erinnert nicht zufällig an militärische Rangordnungen, bei denen die absolute Gefolgschaftstreue gegenüber der nächsthöheren Person in der Hierarchie mit der Einforderung eines ebenso uneingeschränkten Gehorsams gegenüber den eigenen Untergebenen einhergeht.

Die sich daraus ergebende eng gefügte Befehlskette kann von den Betreffenden als eine Form von Halt empfunden werden, da darin alle einen klar definierten Platz und eine entsprechende Funktion haben. Die Übertragung derartiger militärischer Organisationsstrukturen auf das zivile Leben ist deshalb gerade für jene Menschen attraktiv, die in ihrem Alltagsleben einen Verlust von sozialer Integration und geistiger Orientierung erleben.

In der Weimarer Republik gab es gleich einen doppelten Nährboden für eine solche geistig-soziale Krise. Auf die Verlusterfahrungen nach dem verlorenen Krieg folgte 1929 die Weltwirtschaftskrise, welche die kaum verheilten Wunden wieder aufbrechen ließ.

In beiden Fällen waren insbesondere Männer von den säkularen Krisen betroffen. Frauen hatte der Krieg zu einem Emanzipationsschub verholfen, da sie in den Kriegsjahren vielfach die zuvor von Männern ausgeführten Arbeitstätigkeiten übernommen hatten. Zwar wurden sie nach Kriegsende wieder an den heimischen Herd zurückgedrängt, doch zeigten Mode und Auftreten der Frauen in den 1920er Jahren, dass das neu gewonnene Selbstbe-

wusstsein – zumindest in der öffentlich sichtbaren Mittel- und Oberschicht – nichtsdestotrotz erhalten blieb.

Für Männer ergab sich daraus ein doppeltes Frustrationspotenzial. Zu der schwierigen Arbeitsplatzsuche kam die Beschädigung des Selbstverständnisses als "pater familias" hinzu, der mit seiner Erwerbstätigkeit das Überleben der Familie sichert und, daraus abgeleitet, auch deren Geschicke lenkt.

Die multiple Verunsicherung durch Kriegserlebnisse, Arbeitsplatzverlust und unklare soziale Rolle machte viele Männer anfällig für die Verführung durch Politiker, die sich als starke Führer gerierten und sich so als Projektionsfläche, für die von sozialem Bedeutungsverlust Betroffenen anboten. Dies gilt umso mehr, als dabei gleichzeitig eine rassistische Kernidentität definiert wurde, die es erlaubte, dieser nicht entsprechende Menschen zu Sündenböcken zu stempeln, an der die Deklassierten ihr Bedürfnis nach Rache für die verlorene Autorität ausleben konnten.

Der autoritäre Charakter und das Ideal des "starken Mannes"

Wie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg existiert auch heute vielerorts wieder ein günstiger Nährboden für die Ausbildung eines autoritären Charakters. Die Globalisierung hat viele Menschen nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in geistiger Hinsicht zu Verlierern gemacht. Zu Arbeitsplatzverlust bzw. dem Abrutschen in prekäre Arbeitsverhältnisse kommt das Aufbrechen tradierter Normen und Deutungsmuster hinzu. Das Zusammenrücken der Welt und die Migration führen heute allen überdeutlich

die Beschränktheit – und folglich auch die eingeschränkte Gültigkeit – des eigenen Weltbilds vor Augen.

Gerade in ökonomischen Krisen und dem dadurch drohenden sozialen Abstieg sind jedoch klare geistige Orientierungsbojen ein wichtiger Halt. Daraus ergibt sich eine gewisse Anfälligkeit für den populistischen Sirenengesang, der die aus den Fugen geratene Welt sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht auf simplizistische Weise zu heilen verspricht. Dafür werden Menschen mit Migrationshintergrund pauschal zu Sündenböcken für den sozialen Abstieg der Einheimischen gestempelt, während gleichzeitig die Rückkehr in die engen Grenzen des Weltbilds vor der Globalisierung verheißen wird.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Ideal des starken Mannes, der zu Hause das Sagen hat und draußen in der Welt die Dinge regelt, während seine Frau am heimischen Herd auf ihn wartet. Autorität erwirbt er dabei nicht – wie es der ursprüngliche römische Begriff "auctoritas" impliziert – durch das auf seinen gesellschaftlichen Leistungen beruhende Ansehen, sondern schlicht durch seine biologische Identität als Mann.

Dies verbindet die Autorität qua Geschlecht auch mit dem autoritären Charakter. Denn auch dieser zeichnet sich ja durch eine hohle, angemaßte Autorität aus, bei der die eigene existenzielle Unsicherheit durch die Machtausübung gegenüber anderen – bei gleichzeitiger Identifikation mit einem starken Führer – zu kompensieren versucht wird.

Zwiespältige Rolle der Emanzipation

Die weibliche Emanzipation spielt bei alledem eine zwiespältige Rolle. Auf der einen Seite dient sie Männern, die sich als soziale Verlierer empfinden, als Feindbild. So existiert in Form der so genannten "Mannosphäre" ein ganzes Netzwerk von Internetforen, in denen Männer von der weltweiten Verschwörung der Frauen raunen und sich ihren Phantasien von der erneuten Zurückdrängung der Frau in ihre vormoderne Rolle als Dienerin des Mannes hingeben.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch Frauen, die sich selbst an vorderster Front an dieser restaurativen Bewegung beteiligen. Die Emanzipation dient in diesem Fall paradoxerweise der Eindämmung der Emanzipation. Oder, anders ausgedrückt: Einzelne Frauen leben ihre Emanzipation so aus, dass sie der Emanzipation anderer Frauen schaden.

Zu beobachten ist diese Entwicklung sowohl auf politischer Ebene als auch im Kontext einzelner sozialer Rollen. Für den ersten Aspekt stehen etwa die großen rechtspopulistischen Parteien in Europa, in denen immer häufiger Frauen in führende Positionen aufsteigen. Sie propagieren dabei ein Weltbild, in dem mächtige, selbstbewusste Frauen wie sie eigentlich gar nicht vorgesehen sind.

Auch jenseits der politischen Ebene wird Emanzipation von nicht wenigen Frauen im Sinne eines beruflichen Aufstiegs innerhalb der bestehenden patriarchalen Strukturen interpretiert. Andere sehen es gerade als Ausdruck weiblicher Stärke, in eben jene Reservate der Gewaltausübung vorzudringen, die früher als rein

männliche Domäne galten – etwa im Bereich der Jagd oder des Militärs.

Patriarchale "Dividende" – auch für Frauen

Den von R.W. Connell geprägten Begriff der "hegemonialen Männlichkeit" muss man vor diesem Hintergrund wohl etwas weiter fassen. Gemeint war damit ursprünglich, dass in der patriarchalen Gesellschaft nicht alle Männer gleichermaßen an der Macht teilhaben. Vielmehr gibt es dominante Gruppen, die durch ihre soziale Rolle und einen damit verbundenen Habitus über mehr Einfluss verfügen als andere.

Allerdings geht Connell davon aus, dass von den grundsätzlich männlich bestimmten Machtstrukturen auch jene Männer profitieren, die nicht über das Maximum an gesellschaftlichem Einfluss verfügen. Diese von Connell so genannte "patriarchale Dividende" ist umso stärker, je vollständiger sich die Betroffenen an die entsprechenden sozialen Normen anpassen.

Derartigen Anpassungsprozessen unterziehen sich nun aber auch immer mehr Frauen, die in der patriarchalen Gesellschaft in Machtpositionen aufsteigen. Damit profitieren auch sie von der "patriarchalen Dividende". Erkauft wird dies mit einer Art von verstümmelter Emanzipation. Die konkrete Emanzipation einzelner Frauen geht dabei auf Kosten einer Emanzipation, die "Weiblichkeit" in symbolischer Weise als Gegenkonzept zum Patriarchat verstanden und so mit der weiblichen Selbstbefreiung zugleich eine Überwindung patriarchaler Strukturen assoziiert hatte.

Auf diese Weise verblasst das Gegenbild zu den mit der patriarchalen Gesellschaft verbundenen autoritären Strukturen allmählich. Dies erleichtert es insbesondere populistischen Parteien vom rechten Rand, mit ihrem autoritaristischen, rückwärtsgewandten Gesellschaftsmodell auf Stimmenfang zu gehen.

Literatur

Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, hg., von Ludwig von Friedeburg. Frankfurt/Main 1973: Suhrkamp.

Ders. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt: The Authoritarian Personality. New York 1950: Harper and Brothers.

Baronesse Rouge: [Die unvollendete Emanzipation](#). Wie die Emanzipation die Emanzipation behindert; rotherbaron.com, überarbeitete Fassung 2021 (PDF).

Connell, R.W.: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten (engl. 1995 u.d.T. *Masculinities*; Neuausgabe 2005 als [PDF](#) im Netz abrufbar). Opladen 1999 Leske + Budrich.

Connell, R.W. / Hearn, Jeff / Kimmel, Michael (eds.): Handbook of Studies on Men and Masculinities. New York 2004: SAGE.

Decker, Oliver / Türcke, Christoph (Hgg.): Autoritarismus: Kritische Theorie und Psychoanalytische Praxis. Gießen 2019: Psychosozial-Verlag.

Delfs, Stefanie / Märzhäuser, Antonia: [Der autoritäre Mann. Doku über Frauenhass im Netz](#); SWR (im Rahmen des ARD-Radiofeatures), 3. Dezember 2023.

Fromm, Erich: Sozialpsychologischer Teil. In: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, S. 77 – 135. Paris 1936: Alcan; auch in Ders.: Gesamtausgabe (Stuttgart 1980/81: DVA), hg. von Rainer Funk, Bd. 1: Analytische Sozialpsychologie, S. 141 ff. München 1989: dtv.

Ders.: [Die Furcht vor der Freiheit](#) (engl. zuerst 1941, dt. 1945). Frankfurt/Main 1983: Ullstein.

Henkelmann, Katrin / Jäckel, Christian / Stahl, Andreas / Wünsch, Niklas / Zopes, Benedikt (Hgg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin 2020: Verbrecher Verlag.

Johanssen, Jacob: Die Mannosphäre. Frauenfeindliche Communities im Internet. Köln 2023: Herbert von Halem Verlag.

Metz, Markus / Seeßlen, Georg: [Kulturkampf in Italien. Der Angriff der Rechten auf die Demokratie](#). Deutschlandfunk, *Essay und Diskurs*, 18. Februar 2024 [über die Förderung rechtsnationalen Gedankenguts durch die italienische Regierung unter Giorgia Meloni].

Roepert, Leo (Hg.): Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co. Bielefeld 2023: transcript.

Steffen, Marco / Eble, Lukas (Hgg.): Autorität und Autoritarismus. Weinheim 2025: Beltz Juventa (Kritische Pädagogik – Eingriffe und Perspektiven).

Sugiura, Lisa (2021). [The Incel Rebellion: The Rise of the Manosphere and the Virtual War Against Women](#) (PDF oder Ebook, open access). Bingley 2021: Emerald.

Handlungsmuster und rhetorische Mittel des populistischen Autoritarismus



*Ernst Kunkel (1894 – 1984): Hitlers Redegewalt (um 1922/23);
Württembergisches Landesmuseum, Zweigstelle Waldenbuch; aus:
Heißenbüttel, Dietrich: [Versteckt und vergessen](https://kontextwochenzeitung.de). kontextwochenzeitung.de,
Ausgabe 138, 20. November 2023.*

Zu Aufbau und Intention des Glossars

Angesichts der geschmeidigen Rhetorik populistischer Bewegungen ist das Unterdrückungspotenzial ihrer Politik oft nicht auf Anhieb zu erkennen. So erscheint es notwendig, ihre rhetorischen Mittel ebenso wie die Handlungs- und Funktionsmechanismen von ganz oder teilweise autoritär strukturierten Regimen näher unter die Lupe zu nehmen, um zu erkennen, was einen hinter der Kulisse der vorgeblichen Volkstümlichkeit erwartet.

Dabei lassen sich bestimmte Handlungsmuster und rhetorische Figuren identifizieren, die sich in verschiedenen autoritären Regimen und populistischen Bewegungen ähneln und teilweise auch voneinander kopiert werden. In manchen Fällen ergeben sich dabei Parallelen zu autoritären Regimen früherer Jahrhunderte. Mitunter müssen die neuen Populisten und Autokraten ihre Methoden jedoch auch den Kommunikationsformen des Internetzeitalters anpassen.

Im Folgenden werden einige zentrale Handlungsformen und rhetorische Mittel heutiger autoritärer Regime und populistischer Bewegungen aufgelistet. Dabei geht es nicht darum, eine umfassende Analyse zu liefern oder grundlegend neue Zusammenhänge aufzudecken. Ziel ist es vielmehr, ein Instrumentarium für die rasche Orientierung zu bieten, durch das jene, die es wissen möchten, die Konsequenzen populistischer Argumentations- und Handlungsmuster erkennen können. So könnte die folgende Indikatorenliste vielleicht auch als eine Art Frühwarnsystem zum Erkennen und zur Abwehr autoritärer Gefahren verstanden werden.

Dabei ist zu beachten, dass jeweils nicht alle Punkte auf ein bestimmtes autoritäres Regime oder eine populistische Bewegung zutreffen müssen. Auch bedeutet das Vorhandensein einzelner autoritärer Tendenzen nicht automatisch, dass das System im Ganzen autoritär ist. Umgekehrt kann man jedoch sagen, dass dieses sich umso stärker totalitären Strukturen annähert, je mehr Aspekte autoritärer Herrschaft auf es zutreffen.

Natürlich können autoritäre Herrschaftsstrukturen auch im Sinne einer eruptiven Veränderung etabliert werden, etwa durch einen Militärputsch. Das Gefährliche an populistischen Bewegungen ist jedoch gerade, dass die autoritären Strukturen oft schleichend eingeführt werden, so dass sie anfangs vielleicht noch gar nicht als solche wahrzunehmen sind.

Es ist deshalb wichtig, Tendenzen einer zunehmenden Entmündigung des Volkes, wie sie auch in den westlichen Demokratien zu beobachten sind, die paradoxe "illiberale Demokratie" in Ungarn, den Führerkult eines Recep Tayyip Erdoğan und die offen autoritären Regime Zentralasiens als Kontinuum zu begreifen, auf dem man sich wie auf einer schiefen Ebene auf die vollendete Diktatur zubewegt. Das beste und zugleich erschreckendste Beispiel für eine solche Entwicklung ist der Weg Russlands von einer sich formierenden über die Schimäre einer "gelenkten" Demokratie bis zu dem heutigen totalitären Staat.

Ablenkung der Unzufriedenheit auf Minderheiten und äußere Feinde

Wirtschaftliche Engpässe, zu denen es in autoritären Regimen aufgrund ihres Hangs zu Klientelwirtschaft und Korruption, aber auch aufgrund derselben konjunkturellen Abhängigkeiten wie in anderen Ländern kommen kann, können jederzeit zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen. Gleiches gilt für die Einschränkung der geistigen Freiheit und der gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Um ein Ventil für diese Unzufriedenheit zu schaffen, schüren autoritäre Regime den Hass auf alles, was von der nationalen Norm abweicht.

Dies gilt im Inneren für Menschen, deren Religion, Kultur, Nationalität, sexuelle Orientierung oder geistige Überzeugungen nicht dem völkischen Wertekanon entsprechen. Jenseits der Grenzen werden Feinde dadurch kreiert, das ihnen eine Unterdrückung von dort lebenden Angehörigen des eigenen Volkes vorgeworfen wird oder man sie für die "Dekadenz" verachtet, mit der sie eben jene Freiheit ausleben, die man der eigenen Bevölkerung vorenthält.

So wird zweierlei erreicht: Zum einen wird die Wut auf diejenigen, die einen in das Gefängnis der "Heiligen Nation" sperren, auf jene projiziert, die willentlich oder unwillentlich außerhalb dieses Gefängnisses leben. Zum anderen wird so aber auch das Ideal der Freiheit selbst wirksam diskreditiert, indem alles, was sich jenseits des Gefängnisses befindet, als Inbegriff des sozialen und geistigen Verfalls erscheint.

Auf ökonomischem Gebiet können Feinde dadurch kreiert werden, dass man anderen Ländern vorwirft, sich auf Kosten des eigenen Volkes zu bereichern – etwa dadurch, dass sie einem angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen oder sich durch Währungsmanipulationen Handelsvorteile verschaffen. Die Folge ist eine protektionistische Politik, welche die betreffenden Länder zu Gegenmaßnahmen provoziert und so die anfangs nur herbeiphantasierte Konfrontation im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung Realität werden lässt.

Beckert, Nico: [Flüchtlinge: Die Sündenböcke neoliberaler Politik.](#) Telepolis, Heise Online, 16. November 2017.

Curio, Claudia: Die Feindbildkonstruktionen des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 18 (2009), hg. von Wolfgang Benz, S. 235 – 248.

Graff, Agnieszka / Korolczuk, Elżbieta: [Kultureller Krieg und tatsächlicher Krieg. Russlands Feldzug gegen "Gender" und den "dekadenten Westen".](#) Geschichte der Gegenwart, 11. September 2022.

Harzer, Erika: [Migrationspolitik unter Trump 2.0 – Bilanz nach einem Jahr Trump im Amt.](#) Heinrich Böll Stiftung, 20. Januar 2026.

Human Rights Watch: [Indien: Neues Staatsbürgerschaftsgesetz führt zu Protesten und Angriffen.](#) Muslime Opfer diskriminierender Politik, Kritiker angegriffen; 10. April 2020.

Le Baler, Virginie: [Argentina: Milei and Immigration.](#) Oui-immigration.com, 11. Dezember 2023.

Rednow, Saul: [Nackte Angst – Jagd auf homosexuelle Menschen](#) [in Russland]. Freitag Community, 24. August 2015.

Rother Baron: [Gelangweilte Krieger. Zur Psychologie des aggressiven Populismus](#) (PDF); rotherbaron.com, 9. Oktober 2017.

Sido, Kamal: [Die Aleviten in der Türkei stehen unter Generalverdacht.](#) Telepolis, Heise Online, 10. August 2016.

Wikipedia.org: [Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China](#) [mit zahlreichen Links zu Quellentexten und weiterführenden Artikeln]

Wolf, Carsten: [Ein Jahr Donald Trump – das Ende des Einwanderungslandes USA.](#) Correctiv.org, 20. Januar 2026.

Anbiederung an das "einfache Volk"

Viele autoritäre Regime verbinden die für sie konstitutiven Unterdrückungsmechanismen mit einer folkloristischen Volkstümlichkeit. Auf Schritt und Tritt signalisieren die Führer den Menschen: "Ich bin einer von euch!"

Entsprechende Darstellungsmuster waren schon in früheren Zeiten an der Tagesordnung. Im 20. Jahrhundert war der Personenkult um den Führer sowohl für faschistische als auch für stalinistische Regime konstitutiv.

In den entsprechenden Propagandabildern und -filmen werden die Führer etwa in der Kleidung einfacher Arbeiter, beim Sport

oder als Teilnehmer von Volksfesten präsentiert. Dahinter steht eine durchsichtige Strategie: Wenn der Diktator als Teil des Volkes erscheint, so suggeriert dies der Bevölkerung, dass die Repression zu ihrem eigenen Besten geschieht.

Backfisch, Michael: [Regierungskrise in Italien: Willkommen im Zirkus Salvini](#). Berliner Morgenpost, 11. August 2019 [mit Beispielen für eine Charmeoﬀensive Salvinis, in der er sich als "Mann des Volkes" präsentiert].

Baumgarten, Reinhard: [Erdoğans Türkei nach dem Putschversuch: Osmanisches Reich reloaded?](#) Deutschlandfunk Kultur, 24. August 2016 [zur Selbstinszenierung Erdoğan als "Mann des Volkes" vgl. vor allem das in dem Beitrag zitierte Lied "Dombra"].

Ennker, Benno / Hein-Kircher, Heidi (Hgg.): [Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts](#) [PDF]. Marburg 2010: Herder-Institut (Reihe Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung)

n-tv: [Präsident in Saus und Braus: Putin tobt sich aus](#) [Fotostrecke zur medialen Selbstinszenierung von Wladimir Putin; zur inszenierten Volkstümlichkeit vgl. u.a. Bild 6 und 8].

Aushöhlung des Arbeitsrechts

Autoritäre Regime zwingen ihren Untertanen das Bild eines einheitlichen Volkskörpers bzw. eines Staatsgebildes auf, dessen Glieder sich zu einem harmonischen Ganzen fügen. Dieses Konzept einer prästabilierten Harmonie deckt auf totalitäre Weise

die sozialen Konflikte zu. Gewerkschaften, ein modernes Streikrecht und Arbeitskämpfe haben darin keinen Platz, da sie von antagonistischen Strukturen ausgehen.

Derartige Strukturen existieren natürlich auch in der Arbeitswelt autoritärer Regime. Wenn hier aber in Staatsbetrieben und öffentlichem Dienst die Gehälter zu niedrig sind oder unregelmäßig ausgezahlt werden und in anderen Bereichen der Wirtschaft unzureichende Lohnstandards existieren sollten, werden die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse schlicht zum freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft umetikettiert. In dieser Logik der Selbstaufopferung liegt auch, dass von den Untertanen unbezahlte und "freiwillige" zusätzliche Arbeitsleistungen für die Gemeinschaft erwartet werden.

Amnesty International: [Unbefristeter "Nationaldienst" in Eritrea](#). 4. Dezember 2015.

Babiker, Mohamed Abdelsalam [Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen (UNO) für die Menschenrechtslage in Eritrea], interviewt von Jeannine König: ["Der Nationaldienst in seiner jetzigen Form ist untrennbar mit Zwangsarbeit und der Sklaverei ähnlichen Praktiken verbunden"](#). Schweizerische Flüchtlingshilfe, 25. August 2023.

Ciftci, Feride: [Gewerkschaften unter Druck – Die Situation nach dem Putschversuch in der Türkei](#). Blickpunkt WiSo, 12. April 2018.

DGB Nordrhein-Westfalen: [21 Gründe, warum Gewerkschaften Rechtspopulisten wie AfD, Pegida und Co. ablehnen](#). 6. Oktober 2016.

Dinler, Demet Şahende: [Gewerkschaften in der Türkei](#). Interessenvertretung unter schwersten Bedingungen. Friedrich Ebert Stiftung, Juni 2013.

IG Metall: [Gewerkschaftsrechte in Russland: Ein Spielball der Politik](#). 11. April 2013.

Jungehülsing, Jenny: [Druck auf Arbeitnehmerrechte wächst durch Trump](#). KOMM, Verdi-Zeitschrift für Telekom-Beschäftigte, 4/2017.

Mittelstaedt, Katharina: [FPÖ unterzeichnet Absichtserklärung mit Putins Partei](#) [u.a. zu "Erziehung der Jugend im Geiste von Patriotismus und Arbeitsfreude"]. Der Standard, 19. Dezember 2016.

SRF: [Gericht pfeift Argentinien's Präsident Milei zurück](#) [zu gerichtlicher Auseinandersetzung über Mileis Pläne zur Beschneidung der Rechte von Erwerbstätigen]; 4. Januar 2024.

Wolkow, Wladimir: [Sinkender Lebensstandard und wachsende Unzufriedenheit in Russland](#). World Socialist Web Site, 19. März 2016.

Zeit Online: [Arbeitsrecht: Ungarns Staatspräsident unterzeichnet umstrittenes Überstundengesetz](#). 21. Dezember 2018.

Diffamierung des politischen Gegners

Statt sich den Argumenten politischer Gegner zu stellen und sich diskursiv mit ihnen auseinanderzusetzen, werden diese in autoritären Staaten systematisch diskreditiert. Dies kann etwa bedeu-

ten, dass Oppositionelle aufgrund konstruierter Vorwürfe vor Gericht gebracht werden. Besonders beliebt sind dabei wirtschaftliche Straftatbestände wie Steuerbetrug oder Korruption, die für die breite Öffentlichkeit nur schwer nachprüfbar sind und zudem den Volkszorn auf den angeblichen "Gemeinschaftsschädling" befeuern.

Sehr wirkungsvoll und ebenfalls kaum von dem eigenen Bild in der Öffentlichkeit "abzuwaschen" sind auch Vorwürfe moralischen Fehlverhaltens, wie etwa Kindesmissbrauch oder sozial geächtete Sexualpraktiken. Die Verhöhnung des politischen Gegners ist dabei keineswegs beendet, wenn dieser aus dem Verkehr gezogen ist. So pflegt insbesondere die russische Führung Vorwürfe, in Anschläge auf Oppositionelle verwickelt zu sein, mit dem Hinweis auf deren angeblich marginale Bedeutung zurückzuweisen.

Die demonstrativ zur Schau gestellte Unerbittlichkeit gegenüber Regimekritikern wirkt sich entmutigend und einschüchternd auf die Opposition aus. Sie fördert opportunistischen Überlebenswillen und die Identifikation mit den Mächtigen, ähnlich wie auf dem Schulhof, wo der Schlägertyp in der Regel keine Schwierigkeiten hat, eine "Bande" um sich zu versammeln.

Deutschlandfunk: [Kommunikation der AfD: Provozieren, polarisieren, normalisieren](#); 21. Januar 2024.

Spiegel.de: [Opposition in Russland](#) [Artikelsammlung zum Umgang der russischen Führung mit der Opposition].

Verstl, Lea: [Verleumdung als Kriegstreiber: Wie Orban seine Gegner zermürben will](#); n-tv.de, 2. Juli 2023.

Etablierung eines Systems gegenseitiger Bespitzelung

Die Verdammung jedweder Kritik an der Politik des Regimes als "Terrorpropaganda" und die Heiligsprechung aller Nationalen schüren eine hysterische Angst vor inneren Feinden, bei der jede minimale Abweichung von den vorgegebenen Werten und Normen als Bedrohung der nationalen Sicherheit hingestellt wird.

Dies fördert – in Verbindung mit der Hoffnung, so die eigene gesellschaftliche Position zu festigen bzw. zu verbessern – die Bereitschaft, mutmaßliche Feinde des Volkes bei den Behörden anzuzeigen. Da niemand genau wissen kann, wer sich als verlängerter Arm des Regimes missbrauchen lässt, entsteht so ein allgemeines System des gegenseitigen Misstrauens. Die Folge ist ein sich selbst erstickender Widerstand, eine Spirale der gegenseitigen Unterdrückung, bei der die latente Bedrohung durch die Schergen des Regimes in jeder noch so harmlosen Kommunikation präsent ist.

Assheuer, Thomas: [Putins treue Denunzianten. In Moskau hetzen jetzt Künstler gegen Künstler](#). Die Zeit, 11. September 2014.

Böge, Friederike: [Studenten in China: Im Nebenjob Spitzel](#). Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 2019.

Kazan, Aslı [interviewt von Tunca Öğreten]: Juristin über Denunziation in der Türkei: ["Klima der Angst"](#); taz, 19. April 2018.

Klovert, Heike: [AfD-Meldeportale gegen Lehrer und Professoren: "Ein Mittel von Diktaturen"](#). Spiegel Online, 11. Oktober 2018.

Kretschmer, Fabian: [Hongkong: "Spitzel"-Hotline aus China ermuntert zum Denunzieren.](#) *Frankfurter Rundschau*, 1. Juli 2021.

Sendler, Marion: Türkische "Stasi-App" in Deutschland: [Erdoğan's willige Denunzianten.](#) In: *Legal Tribune Online (LTO)*, 4. Februar 2019.

Seven, Ömer: [Denunziation per Mausclick](#) [in der Türkei]; *taz*, 13. Mai 2023.

Führerkult

Zu den zentralen Elementen autoritärer Herrschaft gehört die Gestalt des "nationalen Führers". Dieser erscheint in einem solchen Maße als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts und als Lenker der Geschicke des Staates, dass er abgehoben vom politischen Tagesgeschäft agiert. So muss er auch nicht Mitglied der Partei sein, die ihn formal stützt (wie im Falle von Wladimir Putin und der Kreml-Partei *Einiges Russland*), ja noch nicht einmal (wie Jarosław Kaczyński während der Regierungszeit der PiS-Partei in Polen) ein offizielles Staatsamt bekleiden.

Gerade diese Loslösung vom politischen Tagesgeschäft verleiht dem nationalen Führer eine priesterliche Aura. Er erscheint nicht nur als oberster Repräsentant des Volkes, sondern als Verkörperung des Volkswillens. Alexander Dugin, einer der wichtigsten ideologischen Wegbereiter des neostalinistischen Russlands, bezeichnet vor diesem Hintergrund jedwede Opposition gegen

Wladimir Putin als "psychisch anormal, ein Abweichen von der Norm" (Dugin 2014, S. 124).

Dahinter verbirgt sich die für einen totalitären Staat typische Gleichsetzung des totalitären Führers mit der Totalität des Volkes. Weil der Führer das Volk repräsentiert, erscheint jeder Widerstand als Verbrechen am Volk, als Krebsgeschwür, das mit der chirurgischen Präzision systematischer Polizeigewalt entfernt werden muss.

Unmittelbar verbunden mit dem Führerkult ist das Bild des Herrschers als eines strengen, aber gerechten Vaters, der über die Nation wacht. Darin angelegt ist die Aushöhlung des Rechtsstaats. Denn was Recht ist und wie es umgesetzt wird, entscheidet allein der Führer. Er ist es, der Strafen verhängen und anwenden lässt, seine starke Hand bietet den Bösewichten Einhalt. Der Führer ist damit nicht einfach nur ein x-beliebiger Law-und-Order-Politiker, sondern eine gottgleiche Instanz, die Normen setzt und im Sinne des von ihm selbst definierten Volkswohls durchsetzt.

Das Bild, das die staatliche Propaganda von dem nationalen Führer zeichnet, drängt die selbstherrlichen, rachelüsternden Züge derartiger Regenten dabei konsequent in den Hintergrund. Es entspricht eher dem des gütigen, Tag und Nacht um sein Volk besorgten Herrschers.

Hierzu gehört das Klischee des schon vor Tagesanbruch Akten wälzenden "Ersten Arbeiters" ebenso wie das des wichtigen Entscheidungen mit gottgleicher Genialität fällenden Feldherrn oder das des korrupte bzw. müßiggängerische Bürokraten zurechtweisenden Dienstherrn. Überdeckt werden damit die faktische

Selbstbedienungsmentalität, die zahlreiche Autokraten auszeichnet, sowie natürlich auch die Erstickung des Freiheitswillens, die sich hinter der scheinbaren Fürsorge verbirgt.

Baumann, Meret: [Kaczynskis Politik und Vision: Polens Spaziergang mit dem Tiger.](#) Neue Zürcher Zeitung "Folio", 10. Februar 2016.

Dikötter, Frank: *Diktator werden. Populismus, Personenkult und die Wege zur Macht* (engl. 2019: *How to Be a Dictator: The Cult of Personality in the Twentieth Century*). Stuttgart 2020: Klett-Cotta.

Dugin, Alexander, interviewt von Christian Neef: "Jeder Westler ist ein Rassist". In: *Der Spiegel* 29/2014, S. 120 – 125 (PDF).

Ennker, Benno / Hein-Kircher, Heidi (Hgg.): [Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts](#) [PDF]. Marburg 2010: Herder-Institut (Reihe Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung)

Fücks, Ralf: [Die Türkei ist auf dem Weg zum Führerstaat.](#) *Die Welt*, 31. Oktober 2016.

Grüne Bildungswerkstatt: [Ein Volk und sein Führer.](#) stopptdierechten.at, 23. Juni 2016 [über das Konzept des Führers als eines unmittelbaren, nicht Parteiinteressen unterworfenen Vollstreckers des Volkswillens, am Beispiel von Äußerungen des ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, Wladimir Putins und Adolf Hitlers].

Merkel, Wolfgang: ["No Kings".](#) Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 1. September 2025 [Analyse des Herrschaftssystems von

Donald Trump auf der Grundlage des von Max Weber geprägten Konzepts des "Sultanismus"].

Pfahler, Lennart: ["Er will einen Führer-Staat". AfD-Aussteiger spricht über Höckes geheimen Plan.](#) Huffington Post, 6. April 2016; gepostet auf [hajofunke.wordpress.com](#).

Rother Baron: [Der mündige Bürger als Feiertagskonstrukt. Zum Widerspruch von Demokratie und Führertum;](#) rotherbaron.com, überarbeitete Fassung April 2023 (zuerst 2016).

Ulrich, Stefan: [Populismus: Magie der harten Führer.](#) Süddeutsche Zeitung, 6. August 2016.

Gleichschaltung der Justiz

Das wichtigste Gegengewicht zu einer Regierung, die in einem formal demokratischen Staat zentrale Standards demokratischen Handelns missachtet oder außer Kraft setzt, ist die Justiz. Die zentrale Rolle kommt dabei dem Verfassungsgericht zu. Alle autoritär ausgerichteten Regime sind daher bestrebt, dieses unter ihre Kontrolle zu bringen.

Besonders rabiat ist dabei die polnische PiS-Regierung vorgegangen, deren justizpolitischer Kahlschlag von der im Oktober 2023 neu gewählten Regierung allenfalls in Ansätzen zurückgebaut werden kann. Die erneute Eroberung des Präsidentenamts durch die PiS und den von ihr unterstützten Kandidaten Karol Nawrocki im Sommer 2025 hat sich als wirksamer Prellbock gegen die Reformbemühungen des Kabinetts Tusk erwiesen.

In Russland sowie in der Türkei ist faktisch der gesamte Justizapparat vom Willen der Regierung abhängig. So ist etwa in Russland eine Anklage fast schon gleichbedeutend mit einer Verurteilung. Freisprüche sind eine Rarität.

Erleichtert wird die Kontrolle der Justiz dadurch, dass das System der Gewaltenteilung auch in vielen demokratischen Staaten nicht sauber gehandhabt wird. So werden auch in Deutschland und den USA die Verfassungsrichter vom Parlament bzw. vom Präsidenten bestimmt. Dies öffnet partei- und machtpolitischen Interessen Tür und Tor.

In Deutschland sind etwa weder der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller noch der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Harbarth aufgrund entsprechender juristischer Fachkompetenz und langjähriger Erfahrung in der Rechtsprechung zu Verfassungsrichtern gekürt worden. Vielmehr war hierfür schlicht parteipolitisches Kalkül ausschlaggebend.

In den USA hat die Ernennung der höchsten Richter durch die Politik dazu geführt, dass Donald Trump sich eine ihm genehme Mehrheit am Supreme Court zusammenbasteln und so seine faktische Immunität gegen Strafverfolgung auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt sicherstellen konnte. Dies war eine wichtige Voraussetzung für seine Rückkehr ins Weiße Haus.

Akyol, Çiğdem: [Eine Justiz nach Erdoğan's Vorstellungen](#). Zeit Online, 17. Juli 2016.

Baumann, Meret: [Justizreform erschwert den Kampf gegen Korruption in der Slowakei](#) – das hilft vor allem dem Umfeld von

Ministerpräsident Fico. Neue Zürcher Zeitung, 9. Februar 2024.

Boll-Palievskaya, Daria: [Russland: Justiz wie zu Stalins Zeiten](#); MDR, 4. Mai 2023 [mit Links zu weiteren Beiträgen].

Can, Osman: [Die politisierte und personalisierte Justiz der Türkei](#). Die Beugung des Rechts: juristischer Alltag. Bundeszentrale für politische Bildung, 26. April 2023.

Clüver Ashbrook, Cathryn: Der amerikanische Weckruf (Auf dem Punkt). Wie Donald Trump die amerikanische Demokratie aushöhlt – und was Europa daraus lernen muss. Demokratieabbau und die stille Strategie des Autoritarismus. Wien 2026: Brandstätter.

Frey, Eric: [Wie Trump die Demokratie und die Justiz in den USA untergraben will](#). Der Standard, 4. August 2019.

Rother Baron: [Gewaltenteilung? Nein danke! Zur Ernennung von Stephan Harbarth zum Bundesverfassungsrichter](#); rotherbaron.com, 23. November 2018.

Ruck, Ina / Amiri, Natalie: [Russlands Justiz: Das Unrechtssystem](#) [Podcast]; SWR.de, Weltspiegel, 13. Januar 2024.

Schumatsky, Boris: [Verfall des russischen Rechtsstaats](#). Deutschlandfunk, 4. September 2014.

Sendker, Marion: Kräfteressen von Politik und Gerichten: [Ein Justizputsch in der Türkei?](#) Legal Tribune Online, 29. November 2023 [über die Missachtung der vom Verfassungsgericht bestätigten Immunität eines regimekritischen Abgeordneten

und die damit einhergehende öffentliche Diffamierung des Obersten Gerichts].

Thimm, Johannes: [Systemsprenger – Donald Trump und die Erosion der Demokratie in den USA](#). Stiftung Wissenschaft und Politik, 16. Januar 2026 (SWP-Studie 2026/S 02)

Wikipedia: [Polnische Verfassungskrise und Justizreformen \(seit 2015\)](#); mit zahlreichen Links und Übersichtstabellen zu der Thematik.

Kontrolle und Lenkung der Gedanken

In Science-Fiction-Werken ist das ein gern genutzter Gruseffekt: Der Staat verfügt über Techniken, die Gedanken der Bürger zu lesen und sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Schon immer fußte dieser Horroreffekt auf realen Vorbildern: auf Propagandafeldzügen, medialer Gehirnwäsche und der Kontrolle der Bildung.

Es ist keineswegs so, dass die Mächtigen von heute auf die klassischen Mittel der Verbote und der Zensur verzichten würden. In Abstufungen – mit der chinesischen "Great Firewall" als schärfster Ausprägung – ist in allen autokratischen Staaten das Internet nur eingeschränkt zugänglich, unabhängige Medien existieren zumeist allenfalls als Nischenprodukt. Daneben verfügen die Behörden autoritär regierter Länder mittlerweile jedoch auch über neue Möglichkeiten, die dem Diktatorenideal der Gedankenpolizei noch viel näher kommen.

Das Internet, potenziell ein Katalysator für geistige Autonomie und freie Meinungsbildung, hat sich mittlerweile zu einem Kon-

trollorgan entwickelt, das die Möglichkeiten früherer Formen geistiger Überwachung weit übertrifft. Dies gilt zunächst für die Filterung sozialer Medien nach Stichworten, die auf oppositionelles Denken und Handeln hindeuten.

Darüber hinaus erleichtert das Internet aber auch die Verbreitung von Falschinformationen, sei es unmittelbar oder über "social bots", künstliche Gebilde, die sich in den sozialen Medien wie ganz normale Nutzer verhalten, de facto aber nichts anderes sind als Computerprogramme, die dazu dienen, andere auszuhorchen, sich in ihr Vertrauen zu schleichen und ihre Gedanken und Gefühle in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Nach wie vor trägt aber das subjektive Gefühl, sich daheim vor dem Computer in einem geschützten Raum zu bewegen, vielfach zu einer Sorglosigkeit bei, die den Aktivitäten der staatlichen Spähdienste in die Hände spielt. De facto wird so gerade die gefühlte Freiheit zu einem Einfallstor für geistige Unterdrückung.

Daneben werden die digitalen Medien und neuen elektronischen Möglichkeiten jedoch auch ganz klassisch für eine Perfektionierung der Überwachung und Kontrolle der Bürger genutzt. Das wohl erschreckendste Beispiel dafür ist das chinesische Sozialpunktesystem, welches das Wohl- und Fehlverhalten der Menschen über Videokameras und andere Überwachungsmechanismen erfasst, gegeneinander aufrechnet und – bei einem entsprechend niedrigen "Sozialpunktestand" – sanktioniert.

Beck, David: [Wie Russland das Internet zensiert](#). SWR, 23. Februar 2023.

- Bekker, Paul: [Zensur in China](#): Dürfen Chinesen Internet und Social Media nutzen? Praxistipps.chip.de, 3. Februar 2022.
- Benetti, Silvia: [The Great Firewall of China: Wie sie funktioniert und wie man sie umgeht](#). Experte.de., aktualisiert am 17. November 2021.
- Donnelly, Drew: [China Social Credit System Explained – What is it & How Does it Work?](#) Joinhorizons.com, 23. Juni 2022.
- Dorloff, Axel: Sozialkredit-System: [China auf dem Weg in die IT-Diktatur](#). Deutschlandfunk, 23. Juni 2018.
- Gedeon, Diana: [Social Bots – Künstliche Koexistenzen?](#) techtag, 28. November 2016 [mit weiteren Links zum Thema].
- Goncharenko, Roman: [Mit einem Klick in den Knast](#). Deutsche Welle, 20. Juli 2016 [über die Kontrolle der sozialen Medien in Russland].
- Lizengevic, Inga: [Wenn Dystopien lebendig werden: Gedankenverbrechen in Belarus](#). Deutschlandfunk, 6. Dezember 2022 [Feature, das die umfassenden geistigen Kontrollmechanismen in Belarus zu dem Überwachungsstaat in George Orwells Roman 1984 in Beziehung setzt].
- Rudnik, Alesia: Von der Zensur zum Kampf um Wählerstimmen: [Wie das Regime in Belarus mit sozialen Netzwerken arbeitet](#). In: Belarus-Analysen Nr. 68 vom 30. November 2023, S. 6 – 10; laender-analysen.de.
- Seiffert, Jeanette: [Meinungsmache im Netz. Wie Social Bots Falschmeldungen verbreiten](#). Deutschlandfunk, 14. Dezember

2016. [beleuchtet auch die zwiespältige Haltung der AfD zum Einsatz von Social Bots]

Tai, Katharin: [Zensur ist nicht gleich Zensur](#). Wired, 29. Juli 2015 [aus der Artikelreihe "Internet made in China"].

Ufen, Andreas: [The Rise of Digital Repression in Indonesia under Joko Widodo](#). In: GIGA Focus Asien, 2024/1.

Von Lindern, Jakob: [Zensur in Russland: Auf dem Weg in die Abkapselung](#). Zeit Online, 5. März 2022.

Zeit Online / dpa: [Türkei: Mehr als Tausend Festnahmen wegen Beiträgen in sozialen Medien](#). 24. Dezember 2016.

Kriminalisierung internationaler Kooperation auf der Ebene der Zivilgesellschaft

Als die russische Regierung 2012 Nichtregierungsorganisationen dazu verpflichtete, sich als "ausländische Agenten" registrieren zu lassen, sofern sie mit ausländischen Organisationen kooperierten oder aus dem Ausland finanzielle Unterstützung erhielten, war man noch geneigt, das für eine Besonderheit der neuen russischen "Demokratie" zu halten. In der Tat stand das Gesetz ja auch in der Tradition sowjetischer Denk- und Handlungsmuster, insbesondere der stalinschen "Säuberungen" aus den 1930er Jahren, als Regimegegner als angebliche ausländische "Agenten" gebrandmarkt und verfolgt wurden.

Mit dieser Einschätzung verbunden war die Hoffnung, dass sich eine derartige Kriminalisierung internationaler Kooperation in

Zeiten der Globalisierung nicht aufrechterhalten ließe. Dies hat sich jedoch als völlige Fehleinschätzung erwiesen. Stattdessen hat sich das Gesetz zu einem äußerst wirkungsvollen Mittel entwickelt, Nichtregierungsorganisationen die Arbeit zu erschweren oder gar zu verunmöglichen.

Das Etikett "ausländischer Agent" entfaltet ein solches Stigma, dass die betroffenen Gruppen nur die Wahl haben, auf finanzielle Mittel zu verzichten – und damit ihre Tätigkeit einzuschränken – oder mit einem Stigma zu leben, durch das ihnen im Inland mit Misstrauen oder Ablehnung begegnet wird.

Nichtregierungsorganisationen wie *Golos* ("Stimme") oder *Memorial*, die sich um die Einhaltung des Versprechens freier Wahlen bzw. die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit ihres Landes verdient gemacht haben, wurden so gesellschaftlich marginalisiert. Im Falle von *Memorial* mündete dies Ende 2021 sogar in ein Verbot der Organisation. Grigori Melkonjanz, einer der Vorsitzenden von *Golos*, wurde 2023 unter dem Vorwurf der Leitung einer "unerwünschten Organisation" inhaftiert.

Die Zurückdrängung von Menschenrechtsstandards und freiheitlichem Gedankengut und damit letztlich die Austrocknung der Zivilgesellschaft, die das Gesetz bewirkt hat, haben es zu einem Exportschlager werden lassen. Dies gilt nicht nur für den post-sowjetischen Raum. Auch in Ägypten, Israel und natürlich in China gibt es entsprechende Regelungen.

In Ägypten müssen Nichtregierungsorganisationen sich ihre Tätigkeit behördlich genehmigen lassen und eine Registrierungsgebühr entrichten, die so hoch ist, dass viele Betroffene schon an dieser Hürde scheitern. In Israel werden NGO-Mitarbeiter in der

Öffentlichkeit offen stigmatisiert, indem sie sich bei Besuchen in der Knesset durch das Tragen bestimmter Plaketten zu erkennen geben müssen.

Amnesty.ch: [Ägypten: Neues repressives NGO-Gesetz verabschiedet.](#) 19. Juli 2019.

Bota, Alice / Köckritz, Angela, Lau, Jörg / Roß, Jan: [Agenten der Freiheit.](#) Die Zeit, 11. Juni 2015 [über Beschränkungen für die Arbeit von NGOs in verschiedenen Ländern].

Ehm, Sebastian: ["Ausländische Agenten"-Gesetz: Im Visier von Putins Machtapparat.](#) ZDF, 1. Dezember 2022.

Hien, Melanie: [Ungarns Regierung geht weiter gegen NGOs vor.](#) Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, 23. Juni 2021.

Kloop / Häfliger, Michèle (Übersetzung): [Kirgistan: Abschied von der Demokratie und Übergang zu einem autoritären Staat.](#) Novastan.org, 6. Oktober 2023 [u.a. über "Agenten-Gesetz" nach russischem Vorbild; mit Links zu weiteren Artikeln]

Lübben, Ivesa: [Das ägyptische NGO-Gesetz. Das Begräbnis der Zivilgesellschaft.](#) Rosa Luxemburg Stiftung, Online-Publikation 18/2017.

Müller, Matthias: [Ein Korsett für ungebetene Gäste. China verabschiedet ein neues NGO-Gesetz.](#) Neue Zürcher Zeitung, 28. April 2016.

Münch, Peter: ["Zu viel Kreml, zu wenig Israel".](#) Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 2016 [über das israelische NGO-Gesetz].

Neue Zürcher Zeitung / dpa: [Brisantes Handbuch: China schnürt ausländischen NGOs die Luft ab](#); 6. Mai 2018.

Poppe, Judith: [Israels Regierung geht gegen NGOs vor: Spenden? Nur aus dem Inland!](#) taz, 25. Mai 2023.

Rother Baron: [Erziehung zur Unmündigkeit – Zum Entzug der Gemeinnützigkeit für Attac durch den Bundesfinanzhof](#). rotherbaron.com, 28. Februar 2019.

Siegert, Jens (ehemaliger Leiter des Moskauer Büros der Heinrich Böll Stiftung): [Essays zum russischen "Agenten-Gesetz"](#).

Militarismus

Ein Mittel, die Bevölkerung hinter sich zu scharen, ist für autoritäre Regime die Erzeugung einer Wagenburgmentalität, bei der den Menschen suggeriert wird, von lauter Feinden umgeben zu sein. Zur Abwehr dieser angeblichen Bedrohung dient eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft.

Außer im Militärdienst kann sich eine solche Militarisierung beispielsweise in schulischer Wehrerziehung, der Förderung paramilitärischer Gruppierungen oder auch in entsprechenden Propagandafilmen manifestieren. Im Grundsatzprogramm der AfD (PDF-Kurzfassung, S. 6 f.) korrespondiert dem die Forderung nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht und das Plädoyer gegen eine "Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts".

Zentral für autoritäre Systeme ist in jedem Fall ein positives Bild des Militärs. Dadurch wird das hervorstechendste Element soldatischer Tätigkeit – bedingungsloser Gehorsam, die Bereitschaft, sich zum Werkzeug fremder Ziele zu machen – allgemein auf das Verhältnis des Einzelnen zum Staat übertragen. So erhalten auch der morgendliche Fahnenappell oder das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen etwas Militärisches, das die Menschen zur bedingungslosen Unterordnung unter die Politik des Regimes erzieht.

Değirmencioğlu, Serdar M.: [Militarismus ist an türkischen Schulen allgegenwärtig](#). Connection e.V. Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, Juni 2011.

Dornblüth, Gesine: [Uniformierte Kinder im Kämpferkurs](#) [in Russland]. Deutschlandradio Kultur, 10. August 2015.

Dies.: [Die Militarisierung der Gesellschaft](#) [in Russland]. Deutschlandfunk, 31. Dezember 2015.

Kantor, Ruti / Dolev, Diana: [Unsichtbarer Militarismus in Israel](#). War Resisters' International, 21. August 2014.

Mythische Überhöhung der Nation

Ein wichtiges Legitimationsmittel autoritärer Herrschaft ist das Versprechen, die "nationale Größe" wiederherzustellen oder besser zur Geltung zu bringen. Damit verbunden ist die ex- oder implizite Aufforderung an die Untertanen, diesem Ziel alle anderen Bedürfnisse – vor allem angeblich so überflüssige Dinge wie Mei-

nungs- und Versammlungsfreiheit – unterzuordnen. Auch Proteste gegen wirtschaftliche Engpässe, die durch eine protektionistische und/oder dirigistische Wirtschaftspolitik entstehen können, lassen sich mit dem Appell an die nationale Opferbereitschaft leichter abwenden.

Nach außen hin führt die Verklärung der eigenen Nation häufig zu missionarischen Tendenzen, die gerne mit territorialen Ansprüchen oder mit der mutmaßlichen Unterdrückung nationaler Minderheiten in Nachbarländern begründet werden. Der so angefeuerte Nationalstolz sowie die kriegerische Ausnahmesituation können nach innen hin wiederum genutzt werden, um die Notwendigkeit politischen Gehorsams und der Unterordnung persönlicher Bedürfnisse unter die angeblichen nationalen Interessen noch nachdrücklicher herauszustellen.

Hassel, Florian: [Polen: Verordnete Verschwörung](#). *Süddeutsche Zeitung*, 9. September 2016 [über den Film **Smolensk** und den durch ihn vermittelten nationalen Opfermythos]

Kahlweit, Kathrin: [Ungarischer Nationalismus: Viktor Orbans sieben Gebote](#). *Berner Zeitung*, 26. März 2021.

Kazim, Hasnain: [Erdogans Traum vom Osmanischen Reich](#). *Spiegel Online*, 26. Oktober 2016.

Laschyk, Thomas: [21 Aussagen, die zeigen, wie rechtsradikal die AfD wirklich ist](#) [u.a. mit Nachweisen zur positiven Besetzung des Begriffs "völkisch" durch AfD-Politiker]; *volksverpetzer.de*, 26. August 2019.

Luks, Leonid: [Der Faktenschaffer](#) [über Wladimir Putins nationalistische Ideologie und seine geistigen Vorbilder]. *The European. Das Debatten-Magazin*, 22. Juli 2014.

Rath, Krzysztof W.: ["Erobern, eingliedern und anschließen"](#). *Vice*, 17. Februar 2015 [über Alexander Dugin, einen der wichtigsten Ideologen des neuen russischen Imperialismus].

Rother Baron: [Der große Vaterländische Bluttausch](#). *Die russische Gesellschaft unter Putin und die Gewaltexzesse in der Ukraine*; *rotherbaron.com*, Juni 2022.

Oligarchische Wirtschaftsstrukturen

Ein Leitmotiv populistischer Rhetorik ist die Verdammung der Globalisierung, der mit einer Stärkung der nationalen Wirtschaft begegnet werden solle. Dabei geht es allerdings nur vordergründig um die fraglos vorhandenen negativen Folgen der Globalisierung, wie sie sich etwa in der Pauperisierungsspirale, die aus dem Weiterziehen der Unternehmen in immer neue Billiglohnländer resultiert, oder den Steuervermeidungsstrategien weltweit operierender Firmen manifestieren.

Das Ziel der entsprechenden populistischen Politik ist es vielmehr, mit der stärkeren Kontrolle über die ökonomischen Prozesse auch eigene Machtbasis zu erweitern. So besteht ein typisches Herrschaftsmuster autoritärer Regime darin, die wirtschaftlichen Pfründe in nepotistischer Weise unter den eigenen Gefolgsleuten aufzuteilen oder andere Mächtige im Lande damit

gewogen zu stimmen. So wird ein Netz von Abhängigkeiten geschaffen, das die Herrschaft der Autokraten absichert.

Blum, Petra / Obermaier, Frederik / Obermayer, Bastian: [Putins beste Freunde](#). Süddeutsche Zeitung, Frühjahr 2016 [aus der Reihe "Panama Papers. Das Geheimnis des schmutzigen Geldes"].

Demmelhuber, Thomas: [Das Familienunternehmen Ägypten](#). In: Der Bürger im Staat 60 (2010), H. 1: "Autoritäre Regime", S. 59 – 65. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung. [über die "neopatrimonialen Handlungsmechanismen" des Systems Mubarak]

Hartmann, Thom: [The American oligarchs have arrived to destroy US democracy](#). Commondreams.org, 30. Oktober 2023.

Kazim, Hasnain: [Angebliches Erdogan-Telefonat: "Sohn, bring alles Geld weg, das im Haus ist."](#) Spiegel Online, 25. Februar 2014.

Lokshin, Pavel: [Panama Papers: Putin wacht über die Seinen](#). Zeit Online, 4. April 2016.

Martin, Patrick: [Trumps Pressekonferenz: Die Oligarchie an der Macht](#). World Socialist Web Site, 13. Januar 2017.

Merkel, Wolfgang / Gerschewski, Johannes: [Autokratien am Scheideweg. Ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime](#). Schattenblick / WZB-Mitteilungen Nr. 133, September 2011, S. 21 – 24. [vgl. vor allem den Abschnitt zum Herrschaftsprinzip der "Kooptation"]

Naceur, Sofian Philip u.a.: [Al-Sisis "neue Republik"](#). *Wie der Immobilienwahn in Ägypten den Machterhalt des Regimes sichert*. Rosa Luxemburg Stiftung, 2022 (PDF); North Africa Research Paper Series, 4; Mitarbeit: Haider Daoui, Johanne Fontaine, M. Dhahbi, Ozads.org.

Reich, Robert: [How America's oligarchy paves the road to fascism](#). *LAProgressive.com*, 5. Januar 2024.

Potemkinsche Demokratie

Anders als Autokraten früherer Jahrhunderte, die noch nicht vom "Geist der Aufklärung" umweht waren oder lässig über diesen hinwegsehen konnten, verbergen heutige autoritäre Regime ihre diktatorischen Bestrebungen gerne hinter einer Vielzahl scheinbarer Mitbestimmungsformen.

Dahinter steht zum einen der Gedanke, dass man aufgrund internationaler, an den Menschenrechten orientierter Standards als scheinbare Demokratie leichter diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten pflegen kann. Zum anderen kann der eigenen Herrschaft so ein Anschein von Legitimität verliehen werden.

Natürlich wird bei den entsprechenden Wahlen nichts dem Zufall überlassen. Dafür braucht man noch nicht einmal zum Mittel der Wahlfälschung zu greifen. Die Einflussnahme setzt vielmehr unmittelbar am Prozess des Wählens und der Wahlentscheidungen an.

So werden Kandidaten bzw. Parteien nur dann zugelassen, wenn sie den Mächtigen genehm sind oder ihnen zumindest nicht gefährlich werden können. Im Fernsehen erhält überwiegend die herrschende Elite Sendezeit, und die gewählten Volksvertreter haben keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss auf das Regierungshandeln. Bei Referenden wird gerne mit unterschwelligem Drohungen gearbeitet, wie etwa der angeblichen Gefahr eines nationalen Niedergangs bei einer "falschen" Entscheidung.

So deutet die Forderung nach einer Einführung von mehr Volksabstimmungen auch nicht in jedem Fall auf eine besondere demokratische Gesinnung der entsprechenden Kandidaten oder Parteien hin. Bei populistischen Parteien und Personen dient sie stattdessen oft als Köder, der nach dem Erringen der Macht dazu eingesetzt werden kann, das Parlament zu entmachten.

Dies war beispielsweise in Tunesien der Fall. Dort hatte Kaïs Saïed versprochen, mehr basisdemokratische Elemente für demokratische Entscheidungsprozesse einzusetzen. Nachdem er im Oktober 2019 zum Präsidenten gewählt worden war, hat er die basisdemokratischen Gruppen jedoch auf das Niveau unverbindlicher Beratungszirkel herabgestuft und sie im neu geschaffenen Nationalen Rat der Regionen und Bezirke aufgehen lassen. Gleichzeitig nutzt er ihre Existenz aber, um am Parlament vorbei zu regieren.

Darüber hinaus hat auch die Verfolgung von Oppositionellen zugenommen, die in einer zur "Volksherrschaft" umetikettierten Diktatur als Feinde des Volkes diffamiert werden können. Als "linker" Hoffnungsträger gestartet, bedient Saïed sich zudem zunehmend klassisch-rechtspopulistischer, ethnozentristischer Narrative und hetzt offen gegen Menschen mit Migrationshinter-

grund. Dies deutet zugleich darauf hin, dass Plebiszite von populistischen Bewegungen dazu genutzt werden können, grundlegende Menschenrechtsstandards zu delegitimieren.

Hieran ist auch zu denken, wenn die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild fordert, gleichzeitig aber von der "unabdingbare[n] Bringschuld" der Migranten spricht, sich zu integrieren (Grundsatzprogramm, PDF-Kurzfassung, S. 4 und 12). Eine solche Formulierung weckt ungute Erinnerungen an die so genannte "Ausschaffungsinitiative", bei der die Schweizerische Volkspartei 2010 mit offen rassistischen Wahlplakaten für die raschere Abschiebung unerwünschter Einwanderer geworben hat.

Anonym: [Belarus vor den Wahlen: Transformation des politischen Systems 2023](#). In: *Belarus-Analysen* Nr. 68 vom 30. November 2023, S. 2 – 6; laender-analysen.de.

Auseyushkin, Yan: [Belarus: der Diktator befiehlt kontrollierten Pluralismus](#). Libmod.de, 14. November 2019.

El Ouerghemmi, Nadia / Meuche, Victor: ["Verfassung der Tyrannei". Was folgt in Tunesien auf das Verfassungsreferendum?](#) Rosa Luxemburg Stiftung, 22. August 2022.

Hebel, Christina: [Opposition in Russland: "Sie stehlen unsere Wahlen."](#) Spiegel Online, 16. Juli 2019.

Lassay, Paul-Christian: [Autoritäre Regime, Parlamente und die Wahrung von Menschenrechten](#). Eine empirische Untersuchung. Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-

Universität. [vgl. insbesondere Kapitel 2, S. 9 – 25: Autoritäre Regime, Wahlen und Parlamente]

Ley, Julia: [Die Türkei wählt frei – aber nicht fair.](#) Süddeutsche Zeitung, 2. November 2015.

Merkel, Wolfgang: [Entmachten Volksentscheide das Volk?](#) Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. WZB-Mitteilungen, Heft 131, März 2011, S. 10 – 13.

Thyen, Kressen / Josua, Maria: [Tunesiens Präsident Kais Saied: vom Hoffnungsträger zum Autokraten.](#) GIGA Focus Nahost, Nr. 4, 2023. Hamburg: German Institute for Global and Area Studies (GIGA) [mit weiterführenden Literaturhinweisen].

Tschinderle, Franziska: [Warum die Wahlen in Serbien nicht fair waren.](#) Profil.at, 4. April 2022.

Wustmann, Gerrit: [Türkei: AKP setzt Oppositions-Bürgermeister ab.](#) Telepolis, Heise Online, 20. August 2019.

Systematische Indoktrinierung

Autoritäre Herrschaftsstrukturen implizieren in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen bestimmte Sichtweisen und Handlungsformen. Dazu gehören beispielsweise die Bevorzugung autoritärer, das kritische Denken unterbindender Erziehungsformen in Schule und Familie, die Ablehnung von Kunstwerken, die sich kritisch mit der nationalen Geschichte auseinandersetzen, oder die Förderung eines monolithischen, Dialog und Vielfalt zurückdrängenden Bildes der eigenen Kultur.

Um die sozialen und kulturellen Prozesse in ihrem Sinne zu lenken, bietet sich autoritären Regimen neben der nackten Repression und der öffentlichen Ächtung des vom eigenen Ideal Abweichenden als "unpatriotisch" auch die Möglichkeit der finanziellen Austrocknung nicht genehmer kultureller Praktiken. Als "unpatriotisch" empfundene Projekte an vom Staat getragenen kulturellen Einrichtungen erhalten dabei schlicht keine Subventionen mehr. Zur Durchsetzung des autoritär-reaktionären Familienbildes wird zuweilen auch der Schulterschluss mit der Kirche gesucht.

Im Bereich der Bildung bedeutet Indoktrinierung, dass Lehrpläne und -bücher nach den Vorstellungen des Regimes umgestaltet und die Lehrkräfte in ihrer Ausbildung auf die entsprechenden Inhalte verpflichtet werden. Daneben wird die Jugend nicht selten auch im außerschulischen Bereich (etwa durch Jugendorganisationen von staatstragenden Parteien oder eine entsprechende Einflussnahme auf andere Freizeiteinrichtungen) auf Geist und Ziele des Staates eingeschworen.

Autoritäre Bildungssysteme zementieren überdies in der Regel die Ausgrenzung von Minderheiten. Auf einer Linie hiermit liegt es, wenn die AfD die Inklusion, das in der UN-Behindertenrechtskonvention völkerrechtlich verankerte Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen, als "ideologisch motiviert" ablehnt und sich für den Erhalt von Förder- und Sonderschulen ausspricht (vgl. Grundsatzprogramm, PDF-Kurzfassung, S. 11).

- Bormann, Thomas: [Folgen des Türkei-Putsches: Vor Schulbeginn ge feuert.](#) Deutschlandfunk, 19. September 2016 [über Massenentlassungen an türkischen Schulen].
- Fierz, Gaby: [Çanakkale-Biennale abgesagt. Der türkische Staat hetzt gegen die Kunstszene.](#) Neue Zürcher Zeitung, 22. September 2016.
- Kaufmann, Lissy: Anti-NGO-Gesetz in Israel: [In der Schule nur Gutes über die Armee.](#) Der Tagesspiegel, 23. Juli 2018.
- Medwedjew, Sergej: [Aus russischen Blogs: Zensur oder Staatsauftrag?](#) Zur Debatte um Raikin, Kulturpolitik und den Druck der national-konservativen Kräfte. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. November 2016.
- Metz, Markus / Seeßlen, Georg: [Kulturkampf in Italien. Der Angriff der Rechten auf die Demokratie.](#) Deutschlandfunk, Essay und Diskurs, 18. Februar 2024.
- Ozsváth, Stephan: [Ungarn und die Kunstszene.](#) Deutschlandfunk, 29. Januar 2017 [aus der Serie "Rechte Parteien und die Kultur"; mit Links zu weiteren Beiträgen zum Thema].
- Rühle, Alex: [Kulturpolitik in Ungarn: Nationales Verdummungsprogramm.](#) Süddeutsche Zeitung, 15. März 2020.
- Schrum, Anja / von Aster, Ernst-Ludwig: PiS-Politik: [Polens Kulturkampf.](#) Deutschlandfunk, Gesichter Europas, 7. Februar 2018 [Sammlung von Beiträgen über den Umbau des polnischen Kulturbetriebs und Bildungssystems durch die PiS].
- Schwenck, Anna: [Regierungsfinanzierte Jugendorganisationen](#) [in Russland]. Dekoder, 17. November 2015.

Überwachung und Verleumdung kritischer Medien

Wenn auch kein autoritäres Regime sich heute mehr eine Missachtung der neuen sozialen Medien leisten kann, so kommt doch auch den traditionellen Medien eine unverminderte Bedeutung zu. Ein typisches Handlungsmuster von populistischen Parteien ist es daher, nach der Machtübernahme zunächst einmal die Schaltstellen der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten mit eigenen Leuten zu besetzen.

Schwieriger gestaltet sich die Situation im Bereich der privaten Medien. Auch hier gibt es jedoch ein reiches Waffenarsenal, um die einzelnen Sender und Printmedien auf Linie zu bringen. Neben der Möglichkeit, die Sendelizenz nicht zu verlängern, lassen sich hierfür etwa konstruierte Vorwürfe nutzen, die von finanziellen Unregelmäßigkeiten bis hin zur Brandmarkung kritischer Berichte als "Terrorpropaganda" reichen können.

Ein weiteres Kontrollinstrument sind die Finanzen. So lassen sich kritische Medien durch subtile Drohungen gegenüber den großen Unternehmen und/oder durch den Ausschluss von staatlichen Anzeigen von Werbeeinnahmen abschneiden. Daneben können, wie in Ungarn, auch kapitalistische Übernahmestrategie eingesetzt werden, um unbeugsame Redakteure loszuwerden.

Ist beides nicht oder nur eingeschränkt möglich, so bleibt immer noch die Möglichkeit, die Aufklärungsarbeit der kritischen Medien durch systematische Diffamierungsattacken zu diskreditieren. Dieser Strategie ist Donald Trump bereits vor seinem Amtsantritt gefolgt. Als gewählter und wieder abgewählter US-Präsident hat er sie konsequent weiterverfolgt.

- Allweis, Marianne: [Slowakei: Druck der Fico-Regierung auf kritische Medien zeigt Wirkung.](#) Deutschlandfunk, 12. März 2024.
- Celikkan, Ali: [Kein Geld, keine Kritik. Mit einem neuen Gesetz entzieht die Regierung unliebsamen Medien die Anzeigeneinnahmen.](#) taz.de, 31. Oktober 2016. [mit Links zu weiteren Artikeln über die Medienpolitik der türkischen Regierung]
- Dragomir, Marius: [Medienfreiheit in Europa: Wie Ungarn Schule macht.](#) Der Tagesspiegel, 24. April 2023.
- Gruska, Ulrike: [Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt.](#) Reporter ohne Grenzen, 7. Oktober 2013.
- Güth, Julia: [Polnische Medienreform forderte ihre Opfer.](#) European Journalism Observatory (ejo-online.eu), 31. August 2017.
- Khrushcheva, Daria: [Medien in Russland. Von Unabhängigkeit zur Kontrolle.](#) Zeitgeschichte-online.de, 29. März 2022.
- Lausberg, Michael: [Orbans autoritäres Mediengesetz.](#) The European. Das Debatten-Magazin, 28. Oktober 2016.
- Mader, Fabian: ["Souveränitätsverteidigungsgesetz": Das Ende der freien Medien in Ungarn?](#) Tagesschau.de, 20. Dezember 2023.
- n-tv: [China verschärft Internet- und Filmzensur.](#) 7. November 2016.
- Reporter Ohne Grenzen: [Ein Jahr Donald Trump: Chronologie der Angriffe auf die Presse.](#) 20. Januar 2026.

Rötzer, Florian: [Trump: Medien sind der "wahre Feind des Volkes"](#). Telepolis, Heise Online, 30. Oktober 2018.

Sygar, Michail: Der Bürgerheld. [Wie in Russland die unabhängige Presse verschwand](#), ein neuer ziviler Journalismus entstand und ich verprügelt wurde. Die Zeit, 14. April 2016.

Tomaszewski, Lukasz: [Medienreform in Polen: Wackelt die vierte Gewalt im Staat?](#) Deutschlandradio Kultur, 25. Juli 2016.

Wagener, Volker: [Das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks der Slowakei](#). Deutsche Welle, 25. Juni 2024.

Yu Hua: [Die vielen Gesichter der chinesischen Zensur](#). Hundertvierzehn. Das literarische Online-Magazin des S. Fischer Verlags, 2013.

Vorwurfsumkehr

Ein beliebtes rhetorisches Mittel autoritärer Herrscher ist es, anderen genau das zum Vorwurf zu machen, was sie selbst diesen antun. So wird etwa der Angriff auf ein anderes Land gerne als Präventivschlag ausgegeben, also auf einen angeblich geplanten Überfall des Überfallenen auf das eigene Territorium zurückgeführt. Ebenso wird Staatsterror – die systematische Verfolgung, Folter und Ermordung von Oppositionellen – mit Vorliebe als "Terrorabwehr" verkauft, die Opposition also pauschal unter Terrorverdacht gestellt.

Selbst massive Eingriffe in demokratische Grundrechte und speziell in die Mitbestimmungsrechte des Parlaments können so als

Maßnahme zum Schutz des Gemeinwesens verkauft werden. Getragen wird diese Argumentation von dem völkisch-totalitären Denkmuster, wonach das Volk in seiner Totalität von den Herrschenden repräsentiert werde, politische Diskussionen und parlamentarische Dispute also nur eine zersetzende Wirkung entfalten könnten.

Auch die AfD, deren Anhängerschaft zumindest unterhalb der Ebene ihrer geschmeidigen Talkshow-Repräsentanten Andersdenkende gerne pauschal als artfremde Volksfeinde diffamiert (vgl. den Punkt "Diffamierung des politischen Gegners"), stilisiert sich selbst gerne als Opfer, das von "Lügenpresse" und politischem Establishment zu Unrecht diffamiert werde. Ebenso wirft Donald Trump seinen Gegnern mit Vorliebe das vor, was er selbst fortwährend tut: Fake-News zu verbreiten.

Spiegel.de: Weltkriegsgedenken in Russland: [Putin stellt Russland als Opfer im Ukrainekrieg dar](#); 9. Mai 2023.

Watts, Jonathan: [Jair Bolsonaro claims NGOs behind Amazon forest fire surge – but provides no evidence](#). The Guardian, 21. August 2019.

Wehner, Markus: [Das eigentliche Opfer heißt Wladimir Putin](#). Mit abstrusen Theorien und Desinformation reagiert der Kreml immer wieder auf politische Morde. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. März 2015.

Weisband, Marina: [Keine Macht der Lüge](#). Die Zeit, 26. Januar 2017 [Vergleich des von der Trump-Administration etablierten

Konzepts der "alternativen Fakten" mit der Propaganda der UdSSR].

Zeit Online: Polen: [Neue Proteste gegen Mediengesetz](#). 18. Dezember 2016 [vgl. insbesondere den Abschnitt "Regierung beschuldigt Opposition"].

Grundlagenliteratur zu Autoritarismus und Populismus
(zu einzelnen Aspekten vgl. die entsprechenden Abschnitte und
Stichworte)

Akel, Alexander: Strukturmerkmale extremistischer und populistischer Ideologien. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Baden-Baden 2021: Nomos.

Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf: [Die "dunkle Seite" der Macht. Stabilität und Wandel autoritärer Systeme.](#) In: Der Bürger im Staat 60 (2010), H. 1: "Autoritäre Regime", S. 4 – 13.

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver: Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Frankfurt/Main 2022: Suhrkamp.

Applebaum, Anne: Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist [engl. Twilight of Democracy. The Seductive Lure of Authoritarianism, 2020]. München 2021: Siedler.

Bauer, Werner T.: [Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa.](#) Wien, aktualis. und überarb. Fassung, Juli 2019: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.

Book, Carina / Huke, Nikolai / Tiedemann, Norma, Tietje, Olaf (Hgg.): Autoritärer Populismus. Münster 2020: Westfälisches Dampfboot.

Brömmel, Winfried / König, Helmut / Sicking, Manfred: Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftli-

che und sozialpsychologische Perspektiven. Bielefeld 2017: transcript.

Buijssen, Huub: Die Psychologie des Populismus. Warum er Menschen anzieht – und wie wir seinen Einfluss stoppen. Weinheim 2025: Beltz.

Bundeszentrale für politische Bildung: Rechtspopulismus. Dossier [Sammlung von Beiträgen zum Phänomen des Rechtspopulismus und zu einzelnen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa]; 2017.

Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel. [Rechtspopulismus in Europa](#): Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik 64 (2017), S. 1 – 21 (PDF).

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Brähler, Elmar (Hgg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? 11. Leipziger Autoritarismus-Studie. Gießen 2022: Psychosozial-Verlag.

Dies. (Hgg.): Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. 12. Leipziger Autoritarismus-Studie. Gießen 2024: Psychosozial-Verlag.

Eatwell, Roger / Goodwin, Matthew: National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy. London 2018: Pelican.

Frankenberg, Günter: Autoritarismus: Verfassungstheoretische Perspektiven. Frankfurt/Main 2020: Suhrkamp.

Frantz, Erica: Authoritarianism – What everyone needs to know. Oxford 2018: Oxford University Press.

- Gerschewski, Johannes / Merkel, Wolfgang / Schmotz, Alexander / Stefes, Christoph H. / Tanneberg, Dag: [Warum überleben Diktaturen?](#) Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 47/2012. [Theoretischer Rahmen des DFG-Forschungsprojekts "Critical Junctures and the Survival of Dictatorships. Explaining the Stability of Autocratic Regimes", mit ausführlichem Literaturverzeichnis]
- Jörke, Dirk / Selk, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg 2017: Junius.
- Koppetsch, Cornelia: Die Gesellschaft des Zorns – Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld 2019: transcript.
- Lang, Jürgen P.: Volk und Feind – Der neue deutsche Populismus. Analyse einer Ideologisierung. Münster 2022: Lit.
- Lassay, Paul-Christian: [Autoritäre Regime, Parlamente und die Wahrung von Menschenrechten.](#) Eine empirische Untersuchung. Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-Universität. [mit ausführlichen Literaturhinweisen zum Autoritarismus]
- Lauth, Hans-Joachim: [Authoritarian Regimes.](#) *InterAmerican Wiki*: Terms – Concepts – Critical Perspectives.
- Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: [Das Land, das die AfD anstrebt.](#) *Süddeutsche Zeitung*, 26. Mai 2016 [über reaktionäre und autokratische Tendenzen im Grundsatzprogramm der AfD].
- Lewandowsky, Marcel: Populismus. Eine Einführung. Wiesbaden 2022: Springer VS (Verlag für Sozialwissenschaften).

Linz, Juan José: [Totalitäre und autoritäre Regime](#) (Erstausgabe engl. 1975), herausgegeben von Raimund Krämer. Berlin, 2., überarb. und ergänzte Aufl. 2003: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag (Potsdamer Textbücher; 4); 3. Aufl. Potsdam 2009: WeltTrends.

Manow, Philipp: Die Politische Ökonomie des Populismus. Frankfurt/Main 2018: Suhrkamp.

Merkel, Wolfgang: [Embedded and defective democracies](#). In: *Democratization* 11 (2004), Nr. 5, S. 33 – 58. [vgl. hierzu auch die Überblicksdarstellung in der unten angegebenen Masterarbeit von Vancheva, 2013]

Ders.: [Are dictatorships returning?](#) Revisiting the "democratic rollback" hypothesis. In: *Contemporary Politics* 16 (2010), Nr. 1, S. 17 – 31.

Möller, Kolja (Hg.): Populismus. Ein Reader. Berlin 2022: Suhrkamp.

Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira: Populism. A Very Short Introduction. Oxford 2017: Oxford University Press (deutsche Fassung Berlin 2019: Dietz).

ORF: [Das russische Netzwerk in Europa](#) [listet populistische und konservative Gruppierungen und Politiker auf, die in der Vergangenheit enge Kontakte zu Wladimir Putin und/oder zur Kreml-Partei *Einiges Russland* unterhielten]

Piorkowski, Christoph: Demokratie im Kreuzfeuer: Die Krise der liberalen Ordnung und die Internationale des Autoritarismus. Berlin 2024: Metropol.

- Priester, Karin: [Wesensmerkmale des Populismus](#). In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26. Januar 2012.
- Rathkolb, Oliver: [Neuer Politischer Autoritarismus](#). In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45/2011: Demokratie und Beteiligung. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reimon, Michel / Zelechowski, Eva: Putins rechte Freunde. Wie Europas Populisten ihre Nationen verkaufen. Wien 2017: Falter.
- Rensmann, Lars / Hagemann, Steffen Hagemann / Funke, Hajo: Autoritarismus und Demokratie. Politische Theorie und Kultur in der globalen Moderne. Schwalbach 2011: Wochenschau Wissenschaft.
- Rippl, Susanne / Seipel, Christian / Kindervater, Angela (Hgg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen 2000: Leske und Budrich.
- Roepert, Leo: Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus. Bielefeld 2022: transcript.
- Schäfer, Armin / Zürn, Michael: Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin 2021: Suhrkamp.
- Schneider, Silke / Wilde, Gabriele: [Autokratie, Demokratie und Geschlecht: Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen](#). In: *Femina Politica* 21 (2012), H. 1, S. 9 – 16.
- Smilga, Julia: [Die Liebe der AfD zu Putin](#). Deutschlandradio Kultur, 15. Juli 2016.

- Timm, Christian: [Jenseits von Demokratiehoffnung und Autoritarismusverdacht: Eine herrschaftssoziologische Analyse posttransformatorischer Regime.](#) In: Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf (Hg.): *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, S. 95 – 118. Baden-Baden 2010: Nomos. [Link führt auch zu Inhalts- und Literaturverzeichnis des für die neuere Autoritarismusdebatte zentralen Sammelbandes]
- Urban, Hans-Jürgen: [Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus.](#) In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56 (2011), H. 7, S. 77 – 88.
- Vancheva, Nadezhda: [Rückschritt nach dem Beitritt? Eine empirische Analyse der Qualität der Demokratie in Bulgarien nach dem EU-Beitritt.](#) Magisterarbeit, Mainz 2013: Johannes-Gutenberg-Universität. [bietet in Kapitel 2 einen guten Überblick über das für die Autoritarismusdebatte wichtige Konzept der "defekten" bzw. "eingebetteten" Demokratie]